- michael vester: schöne neue welt?
- michaela alth: trieb und gesellschaft
- lothar hack: kein pardon für pardon

neue kritik 15

märz 63

D 7739 F

Michael Vester	3	Schöne neue Welt?
Wolfgang Abendroth	8	„Alte" und „neue" Linke
Heinz Brakemeier	11	Marxismus — oder neuer Thomismus?
Michaela Alth	14	Triebbefriedigung und Gesellschaft
Lothar Hack	18	Kein Pardon für Pardon
Rainer Funke	20	Ossowskis Typologie der Klassentheorien
	21	„Gibt es noch ein Proletariat?"
	22	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
nr. 15, märz 1963, 4. jahrgang
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
redaktion: lothar hack, klaus hermann, dietlind reck, siegfried reck (verantwortlich), hans peter riesche, diether sterzel, michael vester, unter mitarbeit des arbeitskreises „neue kritik".
anzeigenredaktion: ursula gerbig, frankfurt a. m., bremer platz 5
vertrieb: armin scheil

redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.
verlag und redaktion: frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.
neue kritik erscheint 7mal im jahr
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— (zuzüglich porto).
jahresabonnement: dm 7,— (einschl. porto). bezug über den verlag.
erscheinungsort: frankfurt am main.
postscheckkonto: 551 91 pscha.ffm.
umschlagentwurf: ann lamche
druck: orbis-druck, berlin

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
für unangefordert eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

Schöne neue Welt?

Michael Vester

„Jeder Präsident, der ein wohlhabendes Land regieren möchte, hängt von den großen Aktiengesellschaften mindestens ebensosehr ab wie diese von ihm — wahrscheinlich aber noch mehr. Seine Abhängigkeit gleicht der des Britenkönigs John von den Feudalherren, die ihm die Magna Charta abzwangen."

J. K. Jessup, Redakteur von FORTUNE, 1952

Die Abwesenheit einer politisch relevanten Arbeiterbewegung und das hartnäckige Überleben kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den Vereinigten Staaten werfen Fragestellungen auf, die mit dem Repertoire der orthodoxen Zusammenbruchstheoretiker des Marxismus kaum noch zu beantworten sind. Und das bei der Analyse des entwickeltsten Landes, in dem objektiv die Produktion bereits überwiegend vergesellschaftet ist! Mehr als zwei Drittel der Wirtschaft werden von oligopolistischen Kapitalgesellschaften kontrolliert, und zwar innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche jeweils nach planwirtschaftlichen Prinzipien.

Der in der Weltwirtschaftskrise bereits totgesagte Patient verdankt seine leidige Gesundheit freilich nicht seinen eigenen Anstrengungen, sondern einem Arzte, dem er, so wie's ihm das traditionelle Glaubensbekenntnis der sich selbst regulierenden Wettbewerbswirtschaft vorschrieb, nur tiefes Mißtrauen entgegenzubringen vermochte: dem Staat. Die Therapie, die Wirtschaft durch Staatsausgaben anzukurbeln, beruht auf der Keynesianischen Diagnose, daß im fortgeschrittenen Kapitalismus das wirtschaftliche Gleichgewicht auch dann erhalten bleibt, wenn keine Vollbeschäftigung herrscht. Es gibt keine der Wirtschaft immanenten Anreize, Konsum und Investitionen auszudehnen. Die sich selbst reproduzierende Stagnation bedurfte vielmehr zunächst der Wohlfahrtsausgaben Roosevelts und wurde erst durch die massiven Rüstungsinvestitionen des zweiten Weltkrieges vorübergehend beendet. Seitdem ist der Patient nicht aus der ärztlichen Obhut entlassen worden, sondern blieb auf die ständigen Spritzen aus dem Staatssäckel angewiesen, die ihm einst die Furcht vor einem „Sozialismus" einjagten und nun zum Lebensbedürfnis geworden sind.

Allerdings ist, wer dem Tode entrann, noch nicht gesund. Die Wachstumsrate der Wirtschaft liegt mit 2,5 % weit unter denen Westdeutschlands, Japans, Italiens, Frankreichs und der Sowjetunion. 1961 verkündete beispielsweise der derzeitige Arbeitsminister Goldberg, daß 1962 mindestens 10,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, wenn die Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit von 7 % auf 4 % senken wollten. Schon die Bezeichnung dieser 4-%-Rate als „normal" deutet eine chronische Krisensituation an. Große Reserven an Rohstoffen, Arbeitskraft und Kapital — von Ideen nicht zu reden — liegen brach. Ungenutzten Industriekapazitäten stehen 5—6 Millionen Arbeitslose gegenüber, dem Überfluß der mittleren und oberen Klassen 35 Millionen Amerikaner, die in Armut leben. Michael Harrington zählte in seinem Buch „The Other America" zu ihnen die Opfer der Automation, die unorganisierten Arbeiter, die Arbeitslosen von Detroit und Virginia, die wandernden Landarbeiter, die Puertorikaner, die 18 Millionen amerikanischen Neger und jene 8 Millionen, die von einer kärglichen Altersrente zehren. Was an Bedürfnissen unbefriedigt bleibt, illustriert auf geradezu erschütternde Weise ein Vergleich der Lebenserwartungen aus dem Jahre 1940: Neger = 53,6 Jahre, Weiße = 64,9 Jahre; Arbeitnehmer = 58,7 Jahre, andere Klassen = 67,7 Jahre.

Zur Debatte steht hier jedoch nicht das Postulat der sozialen Gerechtigkeit, das nie allein zu einer besseren Gesellschaft geführt hat, sondern die Frage der immanenten Notwendigkeit ökonomischen Strukturwandels, deren Einbeziehung den Sozialismus einst von der Utopie zu Wissenschaft führen sollte. Die wirtschaftliche Expansion, das Lebensgesetz des Kapitalismus, ist durch die ungleiche Einkommensverteilung von zwei Seiten her eingeengt. Auf der einen Seite verdient die Mehrheit der Konsumenten zu wenig, um alle produzierten Güter zu absorbieren; auf der anderen investiert jene Verbraucherminderheit, die sich eigentlich einen höheren Verbrauch leisten könnte, ihre überschüssige Kaufkraft in Industrien, denen ihrerseits der Absatz fehlt. Oder vielmehr: die Investition geht ins Ausland, wo höhere Zinssätze gelten.

Die Keynesianischen Palliative vermochten zwar die Stagnation auf einer höheren Ebene als der der akuten Depression zu halten. Der Versuch aber, die Übel abzuschaffen, ohne ihre Wurzel in den Produktionsverhältnissen selbst zu suchen, konnte bislang den Teufelskreis der sich selbst reproduzierenden Stagnation nicht durchbrechen. Selbst wenn nur ein gesunder Teint über die Zunahme der Kreislaufstörungen hinwegtäuscht, ist, wer krank ist, noch lange nicht verloren.

Die hier bloß angedeuteten Widersprüche innerhalb der amerikanischen Produktionsverhältnisse drängen keineswegs zu ihrer Aufhebung im Sozialismus. Bisher ließen sie sich mit staatlicher Marktintervention überbrücken, wenn auch nicht aufheben. Eine neue spektakuläre Absatzkrise wurde unter anderem dadurch vermieden, daß neue innere und äußere Märkte erschlossen wurden, so die Rüstung, welche ständig neue Industrien in sich hineinzieht; die manipulierten Bedürfnisse; geplante Kurzlebigkeit der Güter; die Exportmärkte in den hochindustriellen und den Entwicklungsländern.

Wenn einmal die ganze Welt industrialisiert sein wird, dann ist zwar eine Angleichung der Zinssätze und somit eine drastische

Einschränkung des Exports zu erwarten. Umstritten aber ist inzwischen die doppelte Annahme der Zusammenbruchstheoretiker: Märkte seien begrenzt, das Expansionsbedürfnis der kapitalistischen Produktion aber nicht. Einerseits gibt es die These der englischen New Left: die „innere Kolonisation", welche durch Rüstung, künstliche Bedürfnisse usw. immer neue Märkte schaffe, sei das Geheimnis der Regeneration des Kapitalismus. Andererseits könnte die Bastardisierung des Kapitalismus durch Staatsintervention à la Keynes, welche hinter der inneren Kolonisierung steht, eines Tages solche Ausmaße annehmen, daß das System schlechterdings nicht mehr als kapitalistisch und notwendig expansiv bezeichnet werden dürfte. Möglich wäre dann ein vom Staat bevaterter Wohlfahrtsstaat vom Typ der Brave New World oder ein „1984". Die Möglichkeit von „1984", die schließlich auf dem kalten Krieg basiert, ist vorläufig unwahrscheinlich, weil die Rechtsextremisten mit diesen totalitärfaschistischen Rezepten bei kaum einer gesellschaftlichen Machtgruppe Gehör fanden. Die Faschismus-Astrologie der alten Linken wird dem heutigen Amerika nicht gerecht.

Die „Brave New World", die weit mehr Aussichten auf Verwirklichung hat, wird ihrerseits in zwei Versionen geplant: (a) von der radikaldemokratischen Schule der „Liberals", den Ideologen der Kennedy-Regierung; (b) von der bürokratisch-kollektivistischen Schule der „neo-corporationists", den Ideologen der großen Kapitalgesellschaften. Die Liberals wollen das Stimulans der Rüstung durch den Wohlfahrtsstaat ersetzen. Ihre Politik des sozialen Interessenausgleichs durch die als neutral aufgefaßte Instanz des Staates wird gegenwärtig in dem „Official Liberalism" der Kennedy-Administration auf die Probe gestellt. Ob solche politisch machtblinde Ausgleichspolitik auf die Dauer die Klassengegensätze überspielen kann, ohne zum Agenten der einen oder der anderen Seite zu werden, erscheint fraglich, da Kennedy bislang von der Rüstung und der konservativen Kongreßmehrheit abhängig blieb und immer mehr zu einer Reglementierung des Arbeits- und Warenmarktes neigt.

Eine ähnliche sozialstaatlich verbrämte Reglementierung schwebt aber auch den „neo-corporationists" vor, die die kühnsten politischen Herrschaftswünsche der amerikanischen Industrie offen aussprechen. Wenn sich eine Politik nur dann durchsetzt, wenn hinter ihr konkrete gesellschaftliche Interessen stehen, dann wird auch der „Official Liberalism" früher oder später zu einer Parteinahme gezwungen werden. Er ist keine Alternative; er hat vielmehr selber zwischen der sanften Barbarei des „neo-corporationism", hinter dem „die Industrie" steht, und einer Entwicklung zur sozialistischen Demokratie, die im Interesse der Arbeitnehmer und Konsumenten liegt, zu wählen. Mit der summarischen Formel „Sozialismus oder Barbarei" ist Prognosen jedoch noch wenig gedient.

Im folgenden sollen daher die Chancen der genannten Entwicklungstendenzen abgewogen werden: (1) die Techniken keynesianischer Marktintervention; (2) deren Kombination mit wohlfahrtsstaatlichen Programmen bei den Liberals; (3) die Kompromittierung der Liberals im Official Liberalism Kennedys; (4) die „neo-corporationists" mit ihrer Parole: Alle Macht der Industrie, eine Art neuer „St.-Simonismus". Aus einem solchen Überblick lassen sich freilich kaum verbindliche Prognosen, wohl aber (5) einige der Problemstellungen des neuen Kapitalismus gewinnen, deren Vernachlässigung das Scheitern der bisherigen sozialistischen Politik mitverschuldet hat.

(1) Keynesianische Marktintervention

Das bisher unerreichte Ziel staatlicher Marktintervention ist „Vollbeschäftigung ohne Inflation". Ihr stand dabei das doppelte Instrumentarium antizyklischer Politik zur Verfügung: Monetäre Politik zur Beeinflussung der Investitionen; Fiskalpolitik zur Beeinflussung wesentlich der Konsumtion.

In der Bekämpfung der Inflation kann die Federal Reserve Bank die Geldzirkulation durch die Manipulation der Zinssätze und der Staatsanleihen erleichtern oder erschweren. Zinserhöhungen können schnell und effektiv zur Dämpfung von Konjunkturen eingesetzt werden; aber die Praxis, in solchen Fällen einfach günstigere Kredite im Ausland aufzunehmen, entwertet solche Maßnahmen. Zinssenkungen können andererseits auch Rezessionen nicht entgegenwirken, weil ja bei schlechter Wirtschaftslage jeder das Investitionsrisiko scheut. Monetäre Politik hat weiterhin den Nachteil, nur die Investion, das Angebot, beeinflussen zu können. Bei Inflation und Rezession aber leidet der Lebensstandard; es kommt also darauf an, den Verbrauch, d. h. die Nachfrageseite des Marktes, zu stimulieren.

Hierzu ist die von Keynes angeregte Fiskalpolitik am besten geeignet. Sie kann durch Senkung der Steuern und Erhöhung der Staatsausgaben die Geld- und Warenzirkulation vergrößern und auf die umgekehrte Weise einschränken. Senkungen der Personalsteuern vergrößern das für den Konsum disponible Einkommen. Staatliche Sozialaufwendungen und Subventionen können insbesondere die Massenkaufkraft schnell und effektiv anheben, so Sozialfürsorge, Altersversorgung und vor allem Arbeitslosenunterstützung, die das Versagen der Industrie an Ort und Stelle kompensiert. Öffentliche Arbeiten, z. B. der Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Parkanlagen und Wohnungen, könnten gleichzeitig akute soziale Mißstände beheben und Arbeitsplätze und damit neue Kaufkraft schaffen. Aber es geht auch mit Kanonen statt Butter.

Die Schwäche staatlicher Investitionspolitik liegt mehr in ihrer inkonsequenten Anwendung als an ihrer möglichen theoretischen Unrichtigkeit. Selbst orthodoxe Marxisten wie Sweezy mußten ihre technische Anwendbarkeit anerkennen. Nach Sweezy liegt vielmehr das Gegenargument außerhalb der abstrakten Wirtschaftstheorie: der kapitalistische Staat steht vor der Alternative, die nun einmal notwendig gewordenen Investitionen in der Rüstung oder in der Wirtschaft zu machen. Wohlfahrt aber bedeutet bessere Erziehung, mehr Freizeit, soziale Sicherheit und Massenkaufkraft, d. h. die materielle und potentielle intellektuelle Emanzipation der Arbeitnehmermassen, die der kapitalistischen Klasse ihre Privilegien streitig machen könnte. Der Primat der Rüstung ist nicht allein auf den Ost-West-Konflikt zu-

rückzuführen; dessen Intensität wäre vielmehr weit geringer, wenn die Rüstung den Kapitalisten soziale und ökonomische Nachteile brächte. Allerdings ist die Priorität der Rüstung auch in der Struktur der Wirtschaft selbst begründet; die Stahlindustrie hat schon vor der Einführung staatlicher Marktintervention große politische Macht besessen. Ein Wohlfahrtsprogramm, gekoppelt mit Abrüstung, würde sie mit dem Ruin bedrohen. Die Geschichte der amerikanischen Wirtschaftskrisen unterstützt diese Thesen:

Die Weltwirtschaftskrise wie auch die nachfolgenden Rezessionen von 1937/38 und 1949 waren sämtlich durch „Überproduktion" bzw. „Unterkonsumtion" gekennzeichnet. Das Wachstum der Löhne, d. h. der Kaufkraft, war jeweils erheblich hinter der Steigerung der Produktion und der Profite zurückgeblieben.

Unter Roosevelt wie Truman konnten die sozialpolitischen Ausgaben die Krise zwar mildern, aber nicht beenden; erst die immensen Rüstungsausgaben für den zweiten Weltkrieg und den Koreakrieg brachten merkliche Besserungen. Das niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit von 1943 bis 1945 — unter 2 % — ist seitdem nie wieder erreicht worden.

Die Eisenhower-Konjunkturen gingen nicht unter 2,5% Arbeitslosigkeit. Die Eisenhower-Rezessionen von 1954 und 1958 waren allerdings auf andere Ursachen zurückzuführen als ihre Vorläufer. 1949—1954 hatten nämlich die erstarkten Gewerkschaften zum ersten Male einen Lohnzuwachs von 48,2 % erkämpft, was dem Wachstum des Volkseinkommens um 40,6 % mehr als entsprach, jedoch die vorangegangenen Verluste kaum ganz wettmachte. 1954—1956 entsprach in ähnlicher Weise einem Zuwachs des Volkseinkommens von 21,9 % ein Lohnanstieg von 23 %. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 5,0 % bzw. 6,8 %. Die Eisenhower-Rezessionen, deren Anlaß vermutlich die landwirschaftlichen Absatzschwierigkeiten waren, fielen u. a. deshalb so kurz und mild aus, weil Gewerkschaftsaktionen und eingebaute fiskalische Stabilisatoren praktisch eine Proportion zwischen Kaufkraft und Warenangebot aufrechterhielten, die etwas günstiger war als in der leichten Depression von 1949. Daher auch die relative Konstanz der Eisenhowerschen Rüstungsausgaben.

Die Entwicklung der Staatsausgaben ist sehr aufschlußreich für die wirtschaftliche Rolle des Staates. Die Kriegsinvestitionen 1940—45 erhöhten das Budget von 5,1 auf 44,5 Milliarden Dollar, d. h. 870 %. Die Koreainvestitionen bewirkten 1950—52 eine Erhöhung von 36,5 auf 61,4 Milliarden Dollar, d. h. 168 %, sowie 1948—52 einen Anstieg des Rüstungsanteils von 11,8 auf 44,0 Milliarden Dollar. Dieses Niveau ist dann von Eisenhower — vor allem nach dem ersten Sputnikflug — nur unwesentlich erhöht worden, nämlich auf schließlich 46,1 Milliarden Dollar.

Bemerkenswert ist, daß Kennedys Rüstungsausgaben weit über denen Eisenhowers liegen, obschon sie 1948—1959 schon von 35 % auf 57 % des Staatshaushalts angestiegen waren. Die erste Kennedy-Rezession war mit 6,9 % Arbeitslosigkeit die höchste seit 1941 und ging mit saisonwidrigen Steigerungen der Lebenshaltungskosten einher (Frühjahr 1961). Es fällt schwer, zwischen dieser Entwicklung und der Ankurbelung vor allem der Stahlproduktion durch die Propagierung konventioneller Rüstung und durch den Kuba-Konflikt jede Beziehung zu leugnen.

Dieser Überblick mußte sich auf wenige Faktoren beschränken; die Analyse würde wesentlich komplizierter ausfallen, wenn die Fragen der Automation, des Außenhandels und der Entwicklungshilfe, der Gewerkschaftspolitik und der obligatorischen Preisfestsetzung stärker berücksichtigt würden.

Keynes selbst war sich darüber klar, daß er der permanenten Rüstungswirtschaft einen Freibrief ausstellte: „Es ist anscheinend für eine kapitalistische Demokratie politisch unmöglich, hinreichend große Staatsausgaben zu machen ... außer unter Kriegsbedingungen ... Kriegsvorbereitungen, die keineswegs zusätzliche Opfer erfordern, werden der Stimulus sein, der ... höhere individuelle Konsumtion und einen höheren Lebensstandard bescheren kann ..." — Der Keynesianische Staatsinterventionismus, auf dessen wirtschaftstheoretische Voraussetzungen hier wegen des Vorrangs der konkreten Analyse nicht eingegangen werden kann, erweist sich als eine Technik, die für demokratische wie autoritäre Systeme modifizierbar ist, aber die zugrundeliegenden sozialen Beziehungen ignoriert.

Daß Keynes dem Anspruch nicht gerecht wurde, zu einer wahrhaft politischen Ökonomie vorzustoßen, liegt darin begründet.

(2) Der Wohlfahrtsstaat der „Liberals"

Einer politischen, also gesamtgesellschaftliche Verhältnisse reflektierenden Ökonomie kommt die Avantgarde der amerikanischen „Liberals" schon näher. Obwohl auch sie sich in abstrakten Wirtschaftsrezepten verfängt, bemüht sie sich um eine realistische Alternative zur permanenten Kriegswirtschaft. Die Liberals, unter linkskeynesianischem und teilweise fabianischem Einfluß stehend, unterstützten denn auch seinerzeit den New Deal wie heute den Welfare State. Eine Zementierung der bestehenden sozialen Verhältnisse ablehnend, bejahen sie staatliche Wirtschaftsintervention, um dem Machtmißbrauch durch die großen Kapitalgesellschaften vorzubeugen. Sie sehen „ihre Hauptaufgabe in der Verbesserung der Wohlfahrtseinrichtungen und im Angriff auf althergebrachte Positionen". Ihre Wirtschaftstheoretiker sind die heute von Kennedy in politische Ämter berufenen Professoren Rostow, Galbraith und Heller. Im Nordosten, im Mittelwesten und im kalifornischen Westen haben sie an den Universitäten sowie als intellektuelle Garde der Democratic Party und des schwachen linken Flügels der Republican Party spürbaren Einfluß.

Die Gesellschaftstheorien der Liberals sind von kaum jemand so konkret und profiliert vorgebracht worden wie von Galbraith. Er weist empirisch nach, daß mit den formalen juristischen Mitteln der Antitrust-Politik die „organische Entwicklung" der Kapitalkonzentration nicht aufzuhalten ist. Die konzentrierte Wirtschaftsmacht, die zu sozialen Mängeln und Unterdrückung führe, ja „sogar das Denken der Verbraucher sowie seine Bedürfnisse künstlich bestimmen" könne, soll durch die Gegenkräfte jener im Zaume gehalten werden, die ihr auf der anderen Marktseite gegenüberstehen, also die großen Aktiengesellschaften durch die Organisationen des Einzelhandels und der Arbeitnehmer, die jedoch ihrerseits durch den Staat in ihrer Gleichgewichts-Funktion unterstützt werden müssen.

In seinem Bestseller „Gesellschaft im Überfluß" attackiert Galbraith die ahistorische Verabsolutierung der traditionellen Kategorien der Mangelwirtschaft. Der Fetischisierung der Produktion wird durch die Möglichkeit des Überflusses ihre ökonomische Legitimation entzogen. Gleichsetzung von nationaler Sicherheit und Produktionsanstieg, Erzeugung künstlicher Konsumentenbedürfnisse und die Ableitung von Sozialprestige aus Kapital-

besitz werden absurd, wenn ohnehin genug produziert werden kann. Allerdings zieht Galbraith aus dieser radikalen Analyse der Irrationalität unserer Gesellschaft nicht die radikalen Konsequenzen für die Verwirklichung der Freizeitgesellschaft. Zwar zeigt er auf, daß der Menschen Glück in mehr liegen kann als Produktion und Arbeit; zwar erkennt er, daß die Voraussetzungen für drastische Arbeitszeitverkürzungen und eine merkliche Anhebung des Bildungsniveaus heute schon vorhanden sind. Aber er verzichtet ausdrücklich darauf, eine Strategie zur Verwirklichung dieser radikalen Reformen zu entwickeln.

Die dunklen Stellen der amerikanischen Gesellschaft sind die Ärgernisse der Liberals: Massenarbeitslosigkeit und Rassendiskriminierung, Überbewertung des business und kulturelle Armut, Desorganisation der Städte und Verwahrlosung, vor allem aber die Unentbehrlichkeit der Rüstungsinvestitionen für die Wirtschaft. Galbraith schlug für den Übergang zu einer entmilitarisierten Wirtschaft folgende Maßnahmen vor: Beschränkung staatlicher Intervention auf die wettbewerbslosen Industrien, indem überhöhte Preise gedrosselt und Lohnsteigerungen verhindert werden, soweit sie das übersteigen, was der Produktionszuwachs absorbieren kann. Das bedeutet jedoch keine Preisfestsetzungen; vielmehr sollen unabhängige Kommissionen die gesellschaftlichen Konflikte „im Geiste der Versöhnung" und nach Anhören beider Seiten entscheiden. Die Gegner solcher Ausgleichspolitik sieht Galbraith in jenen alten liberalistischen Dogmatikern, die nicht einsehen wollen, daß die unmittelbare Bedrohung nicht vom „Sozialismus" — sprich: Staatsintervention —, sondern von der Inflation herrührt, die das Recht der wirtschaftlich Stärkeren sanktioniert.

Die Liberals setzen ihre Hoffnung in den Staat; seine soziale Ausgleichspolitik soll die anti-oligopolistischen Gegenkräfte stärken, Gewerkschaften und Industrie zum Maßhalten nötigen und den Warfare State durch den Welfare State, die Mangelwirtschaft durch die Freizeitgesellschaft ersetzen. Ob der Staat wirklich die neutrale Instanz ist, die soziale Gerechtigkeit unbeeinflußt von den gesellschaftlichen Machtgruppen etablieren kann, soll nun am Beispiel der Kennedy-Administration untersucht werden.

(3) Der „Official Liberalism" der Kennedy-Administration

Die neoklassische Gleichgewichtstheorie der Liberals, die der der europäischen Sozialdemokratie nicht zufällig so ähnlich sieht, wurde wohl am beredtesten von C. Wright Mills' Buch „The Power Elite" als abstrakt und wirklichkeitsfremd zurückgewiesen. Nach Mills wird die Politik in den USA bestimmt durch die Trinität der politischen, militärischen und ökonomischen Machthaber, die unentwirrbar miteinander verflochten sind. Mills' Modell leugnet zwar nicht den Pluralismus der Gegenkräfte, weist ihm aber seinen gesamtgesellschaftlichen Stellenwert zu: die Gegenkräfte bilden eine Art mittlere Region der Entscheidungsbefugnisse. Ihnen unterworfen sind die Konsumentenmassen; ihnen übergeordnet ist die eigentliche Macht-Elite. Denn die Gegenkräfte Industrie und Gewerkschaften schließen sich besonders gern zu „Koalitionen gegen die Öffentlichkeit" zusammen, indem sie die Last ihrer überhöhten Profite und Löhne auf die übrigen Konsumenten abwälzen. Während die Gewerkschaften durch ihre Integration gesellschaftlich unschädlich gemacht sind, treiben die Wirtschaftsherren ein Doppelspiel: im Bereich der Gegenkräfte mimen sie Ausgleichspolitik; im Bereich der Power-Elite bestimmen sie allein die wichtigsten Entscheidungen der Gesellschaft.

Die Power-Elite

Eisenhower machte sich zum Kronzeugen der Millsschen Analyse, als er in seiner Abschiedsrede zum Schrecken seines Stabes eindringlich vor der Macht des „militärisch-industriellen Komplexes" warnte, der die Lebensweise der gesamten Nation beeinflussen könne. In der Tat sind heute 1400 ehemalige hohe Militärs in Führungspositionen der 100 Gesellschaften beschäftigt, die 1961 fast die ganzen 21 Milliarden Dollar der industriellen Rüstungsaufträge erhielten. Die Rüstungsausgaben sind von 1948 bis 1959 um 247 % gestiegen, während sich die nationale Wirtschaftstätigkeit von 1950 bis 1959 nur um 76 % ausdehnte. Die Verteidigungsausgaben machen heute 9 % des Bruttosozialproduktes aus. Doch wird dieses Geld nicht gleichmäßig auf die Wirtschaft verteilt. Im Jahre 1961 wurden 86 % der Rüstungsaufträge ohne Wettbewerb vergeben. Die Versorgungsmaterial-Industrie beschäftigt alle ihre 100 000 Arbeiter für den Pentagon; in der Flugzeugindustrie sind 94 % der 750 000 Arbeitnehmer für die Rüstung beschäftigt; Schiffbau- sowie Radio- und Kommunikationsindustrien produzieren zu 40 % für die Rüstung. Zahlreiche andere Industrien verkaufen mindestens ein Zehntel ihrer Produktion an das Verteidigungsministerium. Von 1951 bis 1959 stieg der Anteil der größten 100 Vertragspartner an den Rüstungsaufträgen von 61 % auf 74 %; die größten 50 Vertragspartner bekamen 65 % der Aufträge. Ein parlamentarischer Ausschuß hat festgestellt, daß der Mangel an Wettbewerb zu enorm überhöhten Kostenangaben und Profiten geführt hat, z. B. 28 % statt angegebener 10 % bei einem 127-Millionen-Auftrag an Ford.

Das Power-Elite-Modell widerspricht auch nicht den Mehrheitsverhältnissen in dem Kongreß, von dem Kennedy abhängig ist. Der Kongreß wird von einer Koalition der südlichen Demokraten — der Dixiecrats — mit den Republikanern beherrscht, die praktisch seit zwanzig Jahren eine Partei für sich bilden. Der Kampf zwischen Konservativen und Liberals ist in die Parteien selbst hineinverlegt. In seinem Buch „The American Democracy" stellte Harold Laski fest, daß „die Apparate beider Parteien in den Bundesstaaten letztlich von den großen Aktiengesellschaften kontrolliert werden". Rechtsanwälte und Geschäftsleute beherrschen die Parteikomitees; Gewerkschafter und kleine Landwirte fehlen praktisch völlig. Obschon die politische Demokratie in Amerika tief verwurzelt ist, sind „die meisten Instrumente, mit denen den Amerikanern ihre Welt erklärt wird, zu Agenturen des big business geworden". Von Grant bis Hoover „war der Kongreß die Kreatur des big business, und seine Gesetze waren

wesentlich die Gesetze, die der expansive Kapitalismus brauchte. Die Gerichtshöfe waren Feinde der Arbeitnehmer", und „Reformen waren oft nicht mehr als eine Konsequenz des Konflikts zwischen Teilen der herrschenden Schichten, weil jene Gruppen den Umständen gemäß genötigt waren, in dem formal demokratischen System um die Unterstützung durch Wähler zu werben."

Ohne eine Absage der Democrats an die Dixiecrats kann es vermutlich nie zu einer demokratischen Kongreßmehrheit kommen. Die Democrats sind jedoch noch zu sehr auf die Dixiecrats angewiesen, die seit je für verstärkte Rüstung und reaktionäre Sozialpolitik gestimmt haben. Denn sie kontrollieren (1962) 103 von 538 Stimmen und, durch das Prinzip der Seniorität, die meisten parlamentarischen Ausschüsse, d. h. 10 von 17 im Kongreß und 13 von 21 im Senat. Dadurch sterben oft progressive Vorlagen über Außenpolitik, Bürgerrechte und Wohlfahrt, bevor sie aus den Ausschüssen in das Parlament gelangen.

Die Kennedy-Administration

Es ist dieser Machtstruktur zuzuschreiben, daß der „Official Liberalism" Kennedys allem Anschein nach seine Bewährungsprobe nicht bestanden hat. Seine Bilanz ist, wie Paul Goodman in „DISSENT" feststellte, nicht ermutigend und eher geneigt, die Abstraktheit jenes Pseudopragmatismus zu erweisen, den nun auch die offizielle Sozialdemokratie Europas anbetet. Dem jungenhaften Elan ist die ernüchternde Einsicht darin gefolgt, daß der Official Liberalism machtlos und irrelevant ist — außer in der Führung des kalten Krieges. Die Beschränkung darauf, die gesellschaftlichen Übel „lediglich zu mildern und der Verzicht darauf, die strukturellen Ursachen selber anzugreifen, macht selbst das Mildern der Umstände unmöglich, da die bestehende Gesellschaftsstruktur sich in wachsendem Maße reproduziert und alle Übel neu hervorbringt". Was von der spektakulären Erstürmung Washingtons übrigblieb, ist „irrelevanter Aktivismus und die ‚zähe, harte Positur'", die an den reformerischen Aufgaben gescheitert und von Kompromissen frustriert ist und so in den Bereich des kalten Krieges abgedrängt wurde.

Die Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes, der CIA und des FBI, die Probleme der Entwicklungshilfe und der Außenpolitik werden bestenfalls mit liberaler Rhetorik angegriffen; die Reden Kennedys klingen gut sozialdemokratisch. Statt dessen konzentriert sich die Aktivität auf Guerillatraining für Kuba, Vietnam und China. Das Rüstungsbudget übersteigt das letzte Eisenhowers um 25 %, „aber sonst wird der ‚öffentliche Sektor', über den Ken Galbraith so getönt hatte, nicht weiter entwickelt". „Disziplin", „Opfer", Verantwortung" und „Herausforderung" sind die Modeworte der „New Fronteer". Der neue Konsensus, von dem so viel gesprochen wird und der dem Präsidenten die Unterstützung der Rechten sichert, drückt nach Goodmans Ansicht zwar nicht akute Tendenzen zum Garnisonsstaat aus, jedoch eine „Verhärtung des gegenwärtigen vorstädtischen Konformismus". — Kennedy: „In dieser schweren Zeit müssen die Gewerkschaften sich Disziplin auferlegen . . ." — „Die Presse muß Disziplin und Verantwortung annehmen . . ."

Prestige vor der Weltöffentlichkeit wurde zum Hauptmotiv aller Regierungsaktionen: wenn es der Wirtschaft (sprich: den Unternehmern) gut geht, dann stehen wir gut vor der Welt da. Die Negerfrage ist nicht ein Problem sozialer Gerechtigkeit, sondern amerikanischen Prestiges in Afrika und Asien. Die Administration ist „ein bemerkenswertes und organisches Amalgam der Anhänger von ‚Amerika über alles' und McCarthy und den Erben des demokratischen Liberalismus", schreibt Paul Goodman. Die Reduktion der Unterschiede zwischen den Parteien auf Persönlichkeiten; die Tatsache, daß heute ausgerechnet Eisenhower vor den Gefahren des militärisch-industriellen Komplexes warnt; der Versuch, die noch rebellierenden Liberals so still wie möglich in den Hintergrund zu schieben; die Kernwaffentests und die Kompromisse in der Sozialgesetzgebung — alles dies deutet auf den Einfluß mächtiger gesellschaftlicher Kräfte hin, gegen die die Konzeption der Liberals von der politischen Macht keine Vorsorge treffen konnte. Als ob alle Probleme dadurch zu lösen seien, daß man nur die rechten Persönlichkeiten an den rechten Platz befördert.

So wenig der Staat den gesellschaftlichen Mächten gegenüber neutral bleiben kann, so wenig kann auch Planung das Allheilmittel sein. Planung des Gesundheitswesens, Planung des Erziehungssystems, Planung für wirtschaftliches Wachstum, Planung für „urbar renewal", Planung zur Regulierung des Lohnkampfes — das sind bloße Techniken, aber noch keineswegs Demokratie. Sie würde zwar, wenn die Regierung alle Widerstände überwinden könnte, eine blitzsaubere, gesunde, helle und ordentliche Gesellschaft zustande bringen. Aber doch nur den „Wohlfahrtsstaat plus", nämlich plus Aufrechterhaltung eines Wirtschaftssystems, das für eine wirkliche Demokratie keine Sympathien hat, das heißt mit allen Merkmalen, die auch den Fabianismus und die moderne Sozialdemokratie auszeichnen: Apathie, kulturelle Armut, sozialer Paternalismus und Reglementierung der gesellschaftlichen Gruppen: Brave New World! „Sie handeln mit schematischen Präkonzeptionen, mit einer verrückten Betonung von Analysen und Tatsachen", sagte ein Kennedy-Berater, „— völlig unpragmatisch!" Michael Walzer folgerte in „DISSENT": „Kennedy ist in Wirklichkeit kein pragmatischer Liberal; er ist ein Anhänger der ‚Krisenideologie' des kalten Kriegs: Er möchte gern ein Kriegspräsident sein."

„Entideologisierung"

Dem entspricht das Postulat der „Entideologisierung", das in den vieldiskutierten Büchern von Daniel Bell („The End of Ideology", 1960) und Richard Hofstadter („The Age of Reform", 1955) entwickelt wird. Bell beginnt mit der Absage an die „eschatologischen" und „apokalyptischen" Ideologien der alten Linken; er begründet dies mit ihrem Versagen in den kapitalistischen Ländern und ihrer totalitären Entartung im Ostblock. Er geht jedoch über diese berechtigten Feststellungen hinaus, indem er sich zum Advokaten der Trennung von Moral und Politik macht, letztlich

eben jenes Machiavellismus, den zu bekämpfen er ausgezogen war. Indem er den „pragmatischen Kompromiß" und die Ideologie der Gegenkräfte samt „Welfare State plus" akzeptiert, verfängt er sich in den ideologischen Tabus, denen der amerikanische Pragmatismus auf sehr unpragmatische Weise unterworfen ist.

Hofstadters Vorliebe dafür, die lebendige Geschichte nicht historisch, sondern nach abstrakten Gesichtspunkten „sozialwissenschaftlicher" Rationalität zu analysieren, verführt ihn dazu, in den bestehenden Organisationen der „mechanisierten, urbanisierten, bürokratischen" Gesellschaft die Möglichkeiten individueller Gratifikation, des Konsensus und der Harmonie bereits garantiert zu sehen. Sozusagen als Ersatz für Kirche, König, Aristokratie, Sitte und Tradition, die den Menschen einst eine Heimstätte boten. Das Projekt einer technokratisch präfabrizierten Heimstätte, der bürokratischen Organisation, ist den Vorstellungen des korporativen Staats erschreckend ähnlich, in dem die Menschen unter dem Patronat der etablierten Klasse ihr Glück vorzufinden haben. Die Suche der Liberals nach der guten Gesellschaft scheint immer wieder in dem verordneten Wohlbehagen der schönen neuen Welt Huxleys zu enden.

Die Illusionen der Liberals

Die Praxis der Kennedy-Regierung ist bislang nicht geeignet, die Millssche Kritik zu widerlegen, daß die Theorie der Liberals „zur Ideologie, zur bloßen Rhetorik und irrelevant für politische Positionen moralischen Inhalts geworden ist". Diese Kritik läßt sich folgendermaßen spezifizieren:

(a) Die Behauptung, daß ein Interessenausgleich der Gegenkräfte soziale Gerechtigkeit garantieren könne, ist unwahr, weil es weniger gesellschaftliche als in den Betrieben und Industriebranchen beheimatete Gegenkräfte sind, die sich um das Gros der Konsumenten wenig scheren. Die Gegenkräfte gleichen eher Hyänen, die sich um die Beute reißen. Die Vorherrschaft der Power-Elite bleibt unangetastet. Und besonders in den hochproduktiven oligopolistischen Branchen würde noch mehr gelten, was Rosa Luxemburg bereits 1908 als ein „Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen die konsumierende Gesellschaft" bezeichnete; die Disproportion zwischen Kaufkraft und Warenangebot kann jedenfalls so offensichtlich nicht behoben werden.
(b) Der Staat, der diese Disproportionen fiskalpolitisch ausgleichen und die Gegenkräfte balancieren soll, war dazu bislang nicht unparteiisch genug. Kennedy wurden trotz guten Willens nur relativ geringe Summen für sein Wohlfahrtsprogramm bewilligt, und zwar oft genug um den Preis außenpolitischer Konzessionen an die Rechte. Der sozialstaatliche Anspruch des „Official Liberalism" wurde so (wie gewerkschaftsfeindliche Gesetze und Tendenzen zur Zwangsschlichtung zeigen, durch die sich Kennedy mächtige Freunde erworben hat) zu einem erzwungenen „Gleichgewicht" zuungunsten der Konsumentenmassen pervertiert.

(c) Die Konzeption von der politischen Macht ist somit die Achillesferse der Liberals. Politische Macht wird nicht aus gesellschaftlichen Kräftekonstellationen, sondern aus individuellen Überzeugungen erklärt. Der gesellschaftliche Konflikt wird in die Köpfe hineinverlegt, in denen er dann auch gelöst werden kann — aber auch nur dort. Daher die Illusionen von Pluralismus und Gegenkräften und die Blindheit gegenüber den realen Interessengruppen, die alleine sich in der Geschichte fähig erwiesen, gesellschaftlichen Wunschbildern Wirklichkeit zu verleihen.

(wird fortgesetzt)

Ein Jahr Neue Linke

Diskussion

Die folgenden Beiträge von Prof. Abendroth und Heinz Brakemeier sind Antworten auf den Aufsatz „Ein Jahr Neue Linke", den Thomas von der Vring in der „neuen kritik" Nr. 14 veröffentlichte. *Die Redaktion*

„Alte" und „neue" Linke

Der Aufsatz von Thomas von der Vring im vorigen Heft der „neuen kritik" (Nr. 14, S. 13 ff.) ist insofern verdienstlich, als er eine Diskussion einleitet, die über den inhaltlosen Gebrauch von zunächst leeren Formeln hinausführen kann, wie sie — bei der Vernachlässigung konkreter theoretischer und historischer Arbeit in der sozialistischen Bewegung und an den Hochschulen nach 1945 unvermeidlich —in der jungen Generation der Linken seit einigen Jahren immer wieder (mehr gefühlsbetont als durchdacht) auftauchen, so daß diese Formeln dann vielleicht — mit konkretem Gehalt erfüllt — Sinn gewinnen mögen. Das Ringen der jeweils jüngeren Kräfte in der Arbeiterbewegung — in den gewerkschaftlichen Jugendgruppen, den Naturfreunden, den Falken, den Jungsozialisten — und innerhalb der Studentengruppen, die sich zum Sozialismus bekennen, hat sie immer wieder mit denjenigen bürokratischen Führungsgruppen (zu denen übrigens auch die Parlamentsfraktionen gehören, zumal objektiv die Parlamentsmitglieder weitgehend aus öffentlichen Mitteln besoldete Parteibürokraten sind) in Konflikt gebracht, die (spätestens, seit der Sieg der

Restauration in einer im Prinzip oligopolkapitalistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik feststand) ihre jeweilige Politik nicht mehr an einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive orientierten, sondern nur noch auf aktuelle Tagesaufgaben bezogen. Die Führung der „alten" (besser früheren) Linken hat sich dadurch — zunächst noch relativ unbewußt, später bewußt — auch in ihrem Denken den herrschenden Ideologien dieser Gesellschaft (und also den Denkformen der herrschenden Klassen) untergeordnet. Weil sie — bei diesem Mangel an geistiger Grundlage und dadurch an strategischer Planung für ihre Politik verständlicherweise — nach jedem konkreten Mißerfolg jeweils die geistigen Positionen ihrer politischen und gesellschaftlichen Gegenspieler akzeptierte (man denke an die Übernahme der Vorstellungsreihe von der angeblich die Freiheit bewahrenden Rolle der — kapitalistischen — Marktwirtschaft nach dem Scheitern der Sozialisierungsbestrebungen, an das Vordringen der Sozialpartnerschafts-Ideologie nach der Niederlage im Ringen um das Betriebsverfassungsgesetz, an die Hinnahme der NATO-Ideologie nach dem Sieg der Regierungskoalition im Ringen um die Wiederbewaffnung, an die lediglich technische Wertung der Beteiligung an der atomaren Bewaffnung nach dem Mißerfolg der Anti-Atomwaffen-Kampagne), enthüllte sich die Unzulänglichkeit der geistigen Grundlagen dieser oligarchischen Führungsgruppen in der bürokratisierten Organisationswelt der alten „Linken" so stark, daß in der jungen, jeweils kritischeren Generation der Ruf nach einer „neuen Linken" entstand und an parallelen Versuchen in England und Frankreich (in deren zwar in vielen Modifikationen abweichender, aber prinzipiell ähnlicher Lage) Nahrung fand. In dieser polemischen Wendung gegen eine politische Praxis und die theoretische Ahnungslosigkeit bürokratischer Führungsgruppen in SPD und DGB und Teilen der Leitungen von Industriegewerkschaften, die diese zur immer neuen Unterwerfung unter die Ideologien der Führungsklassen der westdeutschen Gesellschaft und damit zur Wehrlosigkeit verdammt, hatte und hat dieser Ruf nach der „neuen Linken" seine konkrete Berechtigung und seinen Sinn, wie er sowohl in den anderen hochkapitalistischen Ländern als auch in der nachstalinistischen Welt in der Auseinandersetzung mit unreflektiertem bürokratischem Praktikantentum gerechtfertigt ist.

In einer Studentengeneration, die weder durch die Kontinuität der geistigen Arbeit und Diskussion in der deutschen Arbeiterbewegung noch durch die Lehren der Universität zur Verarbeitung der politischen und ökonomischen Theorie und Geschichte des Marxismus angehalten wurde, und die zudem am eigenen Leibe den Verfall der Reste pseudo-„marxistischer" Vorstellungen in der „alten Linken" — sei es reformistischer, sei es stalinistischer Version — erfahren mußte, hat dieser Ruf nach der „neuen Linken" jedoch noch einen zweiten Aspekt gewonnen: den des radikalen Bruchs mit den Traditionen und Positionen (und den kleinen überlebenden Kadern) der Linken innerhalb jener jeweiligen „alten Linken", die inzwischen aufgehört hat, wirklich „Linke" zu sein; das führt dann allzu leicht zur geistigen tabula rasa, zum Ideologie-Verdacht auch gegen diejenigen, die jene Methode vertreten, die rationale Ideologie-Kritik erst ermöglicht, wie sie einst von Karl Marx und Friedrich Engels begründet und vertreten wurde.

Auch diese Wendung ist an sich verständlich genug. Ist nicht diese (marxistische) Linke innerhalb der Organisationswelt der „alten Linken" weithin praktisch wirkungslos geblieben? Wurde sie nicht — ganz besonders in der deutschen Geschichte — immer wieder geschlagen und bestenfalls auf die Rolle des Propheten beschränkt, der zwar das Unheil kommen sieht und voraussagt, aber nicht die Macht gewinnt, es abzuwenden? Hat die Linke innerhalb der SPD durch ihre Analyse des Imperialismus (Rosa Luxemburg, Rudolf Hilferding) die Kapitulation der Partei vor dem ersten Weltkrieg verhindern, durch ihre Aktivität im Kampf gegen den Krieg den Sieg der sozialistischen Revolution nach dessen Ende bewirken können? Gewiß, sie war stark genug, die Führung der Mehrheitssozialdemokratie und der Generalkommission der Gewerkschaften daran zu hindern, uns 1918 auch noch die Segnungen der Hohenzollern-Monarchie zu erhalten, wie sie das noch zu Beginn des Novembers gewünscht hat. Aber im Ringen um die erste Republik half es der Linken alten Stils in der traditionellen Organisationswelt der Arbeiterbewegung wieder wenig, daß ihre besten Köpfe (man denke z. B. an die Analysen August Thalheimers) die Labilität der monopolkapitalistischen Konjunktur und das Wesen und die Erfolgstendenzen des Faschismus erkannt haben: Die Führung der „alten Linken" (auch ihres dann stalinistischen Ablegers) hat die Energie des Abwehrkampfes gegen diese Gefahren soweit gelähmt, daß der Sieg der organisierten Barbarei vor 30 Jahren unvermeidlich wurde, so daß dann die Führung des ADGB im April und die Reichstagsfraktion der SPD im Mai 1933 durch Anpassungsversuche an das Dritte Reich die Ehre der „alten Linken" noch schamloser preisgeben konnten, als es im August 1914 die Politik des „Burgfriedens" getan hatte. Ist es ein Wunder, daß die zahllosen Gruppierungen der wirklichen Linken, die gegen diesen Selbstmord der „alten Linken" in dieser oder jener Frage und zu dieser oder jener Zeit zum Kampf angetreten waren, dann — besonders auch in der Periode der stalinistischen Entartung in der Sowjetunion — immer mehr dazu neigten, zu Sekten zu verkümmern, die den jeweiligen Ausgangspunkt ihrer Opposition absolut setzten und darüber die Untersuchung der übrigen Welt vergaßen? Wenn auch in der Periode des illegalen Kampfes gegen das Dritte Reich in Deutschland selbst diese Sucht zum Abkapseln der Gruppierungen gegeneinander zurückgedrängt wurde — die theoretische Analyse wurde notwendig zur Aufgabe der Emigration. Aber diese Emigranten waren desto stärker den Schwankungen ausgesetzt, denen nun einmal jede Emigration ausgesetzt wird, die den unmittelbaren Kontakt mit der Nation und der sozialen Gruppe verliert, die sie repräsentieren möchte und der sie entstammt: Die Tendenz zu gegenseitigen Vorwürfen, die Tendenz zur Unterordnung unter die Stimmungen, die in ihren Gastländern herrschen, häufig auch die blinde Hofffnung auf die einzige Großmacht, die bis 1939 einigermaßen konsequent gegen das Dritte Reich optierte, die UdSSR, mußte die Majori-

tät der Emigranten zur geistigen Unfruchtbarkeit verdammen. Wenn auch Otto Bauer (Zwischen zwei Weltkriegen? Brünn 1936), Franz Neumann (Behemoth, New York 1944) und August Thalheimer (z. B. Die Potsdamer Beschlüsse, Havana 1945), zeigten, daß innerhalb der Emigration noch bedeutende theoretische Analysen geleistet werden konnten: die Emigration als solche hat der Linken innerhalb der „alten Linken" nicht die Hilfe leisten können, auf die sie angewiesen war. In dieser Lage war es nicht erstaunlich, daß nach der Zerschlagung des Dritten Reiches durch den Sieg der Gegenkoalition, nicht durch eigenes Handeln des deutschen Volkes, die theoretische Unterstützung, die durch sie den nun wieder freigesetzten sozialistischen Kräften in Deutschland geboten wurde, gering blieb. Eben darum konnte in der dem Scheine nach politisch (nur der Bevölkerungsstimmung nach wirklich) relativ offenen Situation nach 1945 die Emigration wenig Hilfe leisten, um den deutschen Arbeitern die Stabilisierung der emotionellen Reaktion auf den nun vergangenen tiefsten moralischen Sturz der deutschen Nation in Richtung auf rationale Überlegungen über sozialistische Lösungs-Chancen und deren Transformierung in eine reale Politik zu ermöglichen. An dieser Aufgabe ist die organisierte deutsche Arbeiterbewegung erneut gescheitert: sie erlag im Westen der durch die Besatzungsmächte diktierten kapitalistischen, bürokratischen und militärischen Restauration, im Osten der stalinistischen Überlagerung. Sie erlag ihr, ihrer besten Kader durch den Terror des Dritten Reiches und die Erlahmung des Restes, der — durch Emigration oder Haft zermürbt — in Passivität oder Anpassung endete, beraubt, auf beiden Seiten der Elbe auch weithin geistig. Damit ist für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, die politische Einheit einer alten Kulturnation verspielt.

Aber ist es deshalb richtig zu sagen, daß z. B. nach Thomas von der Vring „die alte Linke innerhalb der SPD der Rechten keine theoretische und praktische Alternative entgegenzusetzen vermocht hat", so daß hier keine Anknüpfung möglich ist? Hat es wirklich im Ringen gegen die (zunächst noch durch scheinbares Anknüpfen an sozialistische Vorstellungen und Oppositionspositionen verdeckte, seit Godesberg offene und unverhüllte) passive Anpassung an die Machtverhältnisse durch die Führung der SPD keine theoretisch-analytischen Überlegungen und keine praktischen Alternativ-Vorstellungen gegeben? Wer um die vielfachen Debatten vor Godesberg in SPD und DGB weiß, sieht sofort, daß es eine grobe und undifferenzierte Vereinfachung wäre, in dieser Weise zu urteilen. War wirklich Godesberg nur ein Bruch mit „steril-dogmatischen Traditionen" und „quasi-religiösen Vorstellungen", wegen der „nicht-reflektierten Negation weiter an sie fixiert"? War es nicht in viel stärkerem Maße der Bruch mit den letzten Ausläufern einer wissenschaftlichen Methode zur Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft, von der allerdings — für die Praxis der Partei — nur noch sicherlich sterile dogmatische Reste übriggeblieben waren, nicht in Richtung auf Auflösung eines „quasi-religiösen" Dogmatismus, sondern in Richtung auf fast offen „religiöse" (d. h. gegen jede Kritik tabuierte) Übernahme des Dogmatismus der Ideologien der herrschenden Klassen? Ein Blick in Parteitags-Protokoll und Antragsformulierungen von Godesberg könnte zu beiden Problemkreisen manche Einsicht vermitteln. Wird nicht in derartigen Fehl-Pointierungen deutlich, wie leicht intellektuelle Kritik, die an die Realität nicht genau anknüpft, im Zeichen des sicherlich verständlichen zweiten Aspektes der Parole der „neuen Linken" in Gefahr gerät, in halbe — sicherlich ungewollte — Apologie der schlechten Realität der Positionen der Führungspolitik der Organisationswelt der „alten Linken" umzuschlagen, sobald sie aufhört, sich des methodischen Ansatzes bewußt zu bleiben, um dessen willen die „neue Linke" aufgebrochen ist? Sicherlich — hier soll kein Urteil gesprochen und erst recht keine Ketzer-Riecherei an Hand irgend einer Linie betrieben werden; das wäre der gegenwärtigen Situation der deutschen sozialistischen Bewegung gewiß völlig unangemessen. Aber ist es ein Zufall, wenn dies Denken dann zu einer Bewertung der Parteigeschichte gelangt, die Eduard Bernstein, bei aller menschlichen und sachlichen Hochachtung, die er verdient — er stand geistig und moralisch turmhoch über jenen Anpassern von der spätreformistischen Tradition des Hofgeismarer Kreises der Jungsozialisten in der Weimarer Republik hin zur Partei des Dritten Reiches, dann zum Reformismus zurück und endlich zur bloßen Modifikation des gegenwärtigen Spätkapitalismus nach dessen Sieg seit Beginn der fünfziger Jahre, die sich heute zum Teil für theoretische Köpfe der Sozialdemokratie halten —, den erklärten Gegner der dialektischen Methode, sozusagen auf eine Stufe mit Rosa Luxemburg, ihrer damals entschiedensten, kühnsten und genialsten Verfechterin, stellt und ihre unbestreitbaren Konzessionen an utopische Versuche auf dem Gründungsparteitag der KPD und im Januar-Aufstand 1919 als ihr Wesen proklamiert? Waren übrigens jene Massen, die damals in Berlin in Bewegung gerieten, wirklich „Bodensatz"? Zeigt sich hier nicht vielmehr die Unterwerfung des Verfassers des Aufsatzes unter gewisse Strömungen der heutigen Parteigeschichtsschreibung, die allzu leicht ohne kritische Nachprüfung der Fakten und Überprüfung ihres theoretischen Gehalts Glauben finden?

So droht der gegen die Linke innerhalb der „alten Linken", deren zentrale Funktion es stets war, gegen die Trennung von Theorie und Praxis und daher gegen die Verwandlung von Theorie in Ideologie anzukämpfen, gerichtete Aspekt sich zum Ressentiment zu steigern und zur unkritischen Übernahme von Denkschemata der Seite zu verleiten, die zu bekämpfen man ausgezogen war: auch der „fundamentale Zweifel" (für welchen wissenschaftlich denkenden Menschen wäre er an sich kein Motiv?) kann zur Ideologie werden, so daß vor lauter Zweifel der kritischen Kritik an sich selbst zuletzt kein Weg zum Zweifel an der ewigen Realität der bestehenden Gesellschaft, der Ideologie ihrer herrschenden Klassen und kein Weg zur Praxis mehr bleibt. Wie groß die Gefahren in solcher Richtung werden können, zeigt sich im Verhältnis des Aufsatzes von Thomas von der Vring zur Toleranz gegenüber den Genossen, die seinen Auffassungen kritisch gegenüberstehen

(und die gewiß auch viele Fehler gemacht haben, machen und machen werden): Er wendet sich — mit Recht — gegen jene „klassifizierende Parteilichkeit", die andere Auffassungen für ketzerisch hält, um dann zu dem Resultat zu gelangen, die Majorität des Sozialistischen Bundes gehöre wegen ihrer angeblich ideologischen Verhaftung an die „alte Linke" — nämlich die Linke in der alten Arbeiterbewegung — so wenig zur „neuen Linken", daß sich der SDS von ihr radikal trennen müsse, weil er sie nicht mehr als Partner ansehen dürfe, um sich nicht der Gefahr der Majorisierung auszusetzen. Wer riecht nun eigentlich Ketzer? Wo waren eigentlich auf jener Mitgliederversammlung der Förderergesellschaft, die damals die Umbenennung in den Sozialistischen Bund beschloß, die „antiintellektuellen Ressentiments", die Thomas von der Vring befürchtet? Für und gegen den Antrag waren sowohl Intellektuelle als andere Mitglieder, der neue wie der alte Vorstand besteht in der Mehrheit aus Intellektuellen, auch aus solchen, die die Namensänderung nicht für besonders weise gehalten haben. Wer will denn auf theoretische Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen der spätkapitalistischen Gesellschaft verzichten? Inwiefern ist der Bundesausschuß des SB ein „typisch sozialdemokratischer Apparat-Ausschuß" geworden, zumal ihm wie dem Vorstand kein einziger hauptberuflicher Parteibürokrat oder Politiker angehört und angehören kann, weil diese kleine Gruppe — zugegeben, das mag eine Not und keine Tugend sein, weil sie keinen bezahlen könnte, auch wenn sie das wollte — über so etwas nicht verfügt? Wer verzichtet darauf, seine Praxis theoretisch zu bedenken? Sicher wird man durch Flugblätter und Kundgebungen allein keine politische Kraft — wer hätte das je behauptet? Aber ist der Gebrauch dieser Mittel in der gegenwärtigen Gesellschaft unter allen Umständen vom Übel? Widerspricht er der Möglichkeit theoretischer Arbeit? Sind die „Genossen, die lange Jahre einen opferwilligen Kampf für die heute gescheiterte Arbeiterbewegung geführt haben" wirklich nur Ballast, der von „alten Ideologien" geplagt ist und den Schwung der „kritischen Kritik" der jungen Generation hemmt? Sind die jungen Sozialisten, die mit den alten Genossen Kontakt haben, von ihnen lernen und sich mit ihnen auseinandersetzen wollen, allesamt „emotional an die alten Vorstellungen und Riten fixiert"? An welche? Kann die sozialistische Bewegung auf ihre eigene Kontinuität verzichten und im luft- und geschichtsleeren Raum existieren, ohne sich selbst aufzugeben? Sicherlich kann eine Bewegung, deren Theorie nicht zum Dogma (und damit zur Ideologie) erstarren soll, sich nicht ohne stetige kritische Erörterung und Verwertung der eigenen Geschichte entwickeln und muß also dabei lernen, auch ihre eigene Vergangenheit immer wieder zur Diskussion zu stellen, um ihre Erfahrungen verwerten zu können. Daß dabei häufig verfehlte Dogmatisierungen auch bei wirklich verdienten alten Kadern aufgelöst werden müssen — wer würde das bezweifeln? Nur — ohne diese Kader, ohne die Vermittlung der Geschichte der Bewegung durch sie, sozusagen aus dem Nichts lernen und schöpfen zu wollen, die besten wirklichen Linken aus der „alten Linken" grundsätzlich zum alten Eisen werfen, das endet unvermeidlich durch Dogmatisierung der „Kritik" in der Preisgabe jeder konkreten Kritik. Es gibt keine von der Bewegung der Sozialgeschichte und ihrer Analyse getrennte Sozialtheorie, die nicht (contra voluntatem) zur bloßen Apologie der jeweils bestehenden Zustände führen müßte. Deshalb sollte gerade die sozialistische studentische Jugend sich hüten, einen — nicht nur sinnlosen, sondern gefährlichen — Graben zwischen den Linken der alten Arbeiterbewegung und sich selbst künstlich zu schaffen, sondern besser auch das systematische Studium der Gechichte der sozialistischen Bewegung in ihren Aufgabenkreis einbeziehen. Das heißt nicht, daß sie irgend eine Dogmatisierung inadäquat gewordener geschichtlicher Erfahrungen mitmachen oder sich den Vorstellungen alter Genossen unterwerfen sollte. Das verlangt und erwartet kein Mensch, gewiß nicht der Sozialistische Bund. Das heißt nicht, daß sich der SDS dem Sozialistischen Bund „anschließen" oder „unterordnen" sollte. Jede der beiden Gruppen wird und soll ihre eigenen Fehler machen, und beide werden aus den eigenen Fehlern wie aus denen des Partners lernen müssen; aber keine Gruppe darf sich für den unfehlbaren Repräsentanten kritischen Denkens und die andere für die Inkarnation des dogmatischen Teufels halten, wenn nicht beider Sache, der Kampf für eine klassenlose und freie Gesellschaft des Sozialismus in den Gefahren der spätkapitalistischen Gegenwart, das Ringen um die Verteidigung der Demokratie und des Friedens, unabsehbaren Schaden leiden soll: Beide Gruppen, der SDS an den Hochschulen, der SB an anderen Stellen der Gesellschaft, sollten sich als Partner der gemeinsamen Aufgabe wissen, den Boden für eine „neue Linke" in der Bundesrepublik bereiten zu helfen; beide dürfen dabei nicht den Anspruch erheben, ein Monopol auf die „neue Linke" zu besitzen, weder allein noch gemeinsam.

Wolfgang Abendroth

Marxismus — oder neuer Thomismus?

Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Art, wie Thomas von der Vring mit der wirklichen Geschichte der „Alten Linken" (lies Kautsky-Marxismus; SPD) umspringt oder über die Art, wie er den Popanz der „Alten Linken im Sozialistischen Bund" mit Phantasiegebilden jeder Art zusammenleimt, so daß er in den Augen der heutigen linken Intelligenz als Vogelscheuche dienen kann. Mit seiner Denunziation der Mitglieder des Sozialistischen Bundes sucht er offenbar noch die gefällige Positur „des Philosophen mit dem Hammer" zu übernehmen, der dieses Scheusal „Alte Linke" endlich zermalmt. Die Gefährlichkeit der Don-Quichotterie gegen die „Alte Linke im Sozialistischen Bund" liegt darin, daß viele uninformierte Freunde nicht sehen können, wo die Treffer eigentlich angebracht werden: am Gesamtkonzept der marxistisch orientierten Linken! Ausgerechnet in der „neuen kritik" versucht sich zu dieser Zeit noch ein Marx-Töter! An die Stelle der „ziel"-klaren Aufklärung sollen wieder einmal schlaue taktische Raffinessen treten, die das sozialistische Konzept völlig verdecken sollen.

Manche Leute, die immer wieder das Kind mit dem Bade ausschütten, scheinen immer noch nicht durch die Geschichte belehrt zu sein, daß taktische und strategische Schlaumeiereien der Linken zuletzt noch immer der Rechten geholfen haben. (Ein noch nicht veröffentlichter Artikel von Thomas v. d. Vring zielt offenkundig in diese Richtung.)

Thomas behauptet, die Linken in der SPD hätten der Rechten keine theoretische und praktische Alternative entgegenzusetzen gehabt. Tatsächlich kann man sich durch ein gründlicheres Studium der Linken in der SPD nach 1945 vom Gegenteil überzeugen.

Thomas behauptet, der Begriff des „wissenschaftlichen Sozialismus" sei seines Inhalts beraubt worden. Tatsächlich gibt es auch in der Bundesrepublik seit der Mitte der 50er Jahre in wachsendem Maße Versuche neuer, linker Kräfte, die marxistische Diskussion wieder auf das internationale Niveau und die Erkenntnis der Veränderungen des Kapitalismus (gegenüber der Zeit vor 1914, seit die breite Marxismus-Diskussion in Deutschland aufhörte) zu bringen.

Thomas behauptet, die SPD habe in „Godesberg" mit dem „alten Glauben" (der „Alten Linken") gebrochen. Tatsächlich hat die SPD seit dem 1. Weltkrieg mit dem Kautsky-Marxismus auch verbal gebrochen und Schumachers Versprechen nach 1945, daß „alle Richtungen" in der SPD ihr Recht hätten (sie also nicht nur die Fortsetzerin der Mehrheits-SPD sei), hat die SPD nicht eingelöst. Die neuen „Alten Linken" im Sozialistischen Bund haben deshalb auch „Godesberg" nie als einen Bruch mit einer alten Gesinnung, wohl aber als die Dokumentierung einer sozialliberalen Ideologie betrachtet, die spätestens seit Schumachers Tod endgültig in der SPD restauriert worden war. Thomas Harlekinade, Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg auf eine Linie gegen die theoretische Position der „Alten Linken" zu bringen, ist tatsächlich nicht ohne eine — allerdings unkritische — Originalität. Hätte er nicht nur Erich Matthias Betrachtungen über den Kautskyanismus, sondern auch Rosa Luxemburgs Reden und Aufsätze in der Revisionismus-Diskussion wirklich studiert, so wäre ihm nicht entgangen, daß Rosa Luxemburg in dieser Phase vor allem „die Tat von den Gedanken" der „Alten Linken" forderte, während sie Bernsteins Kapitulationsforderungen hinsichtlich der strategischen „Ziel"-Gedanken bekämpfte. Wenn man so will, war ihre Parole: Die Alte Linke soll endlich zu s e i n wagen, was sie s c h e i n t!

Die entscheidende theoretische Differenz gegenüber Kautsky eröffnete sich erst in der Imperialismus-Diskussion. Die wirkliche „Neue Linke", die Thomas hinter seinem Pappkameraden von der „Alten Linken" unsichtbar zu machen sucht, hat deshalb auch bis 1933 und nach 1945 immer wieder auf Rosa Luxemburg bezug genommen. (Thomas sollte eine Warnung sein, daß Ulrich Lohmar im SDS unter tausendmal besseren Bedingungen mit dem rechten Versuch gescheitert ist, selbstherrlich zu bestimmen, was „hier und heute" intellektuell und „links" ist.)
Thomas versucht, die Frage nach Ansatzpunkten für „Aktionen" des Sozialistischen Bundes als blinden, unwirksamen, formalen Aktivismus abzutun, der sich „abstrakt" in „Kundgebungen" und mit „Flugblättern" entfalten will. Tatsächlich zeigt die ganze bisherige Praxis der Gruppen des Sozialistischen Bundes, daß sie eher dazu neigen, gegenwärtig kaum Möglichkeiten der Aktion (Wirkung nach außen) zu sehen, was angesichts der Schwäche der Linken eine erklärliche Haltung ist. Hier passiert Thomas das Mißgeschick, solche Aktionen als „früher erfolgreich" zu erklären, während doch sein „Alte-Linke"-Popanz gerade die permanente Unwirksamkeit demonstrieren sollte. Überhaupt: Während er sich grundsätzlich an die Theorie von Matthias hält, daß der Kautskyanismus linke „Integrations"-Ideologie mit rechter Praxis verband (worüber zu reden wäre), benutzt er dann diese Ausgangsstellung, um j e d e linke Praxis und Theorie zu verdammen.

An anderer Stelle wird er die ganze „marxistische Strategie" „abenteuerlich" nennen. Daß „Kundgebungen" und „Flugblätter" bei einem stärkeren Anwachsen oppositioneller, linker Strömungen die Meinungsherrschaft der bürgerlichen „Bewußtseinsindustrie" durchschlagen könnten, wird nicht mehr in den Bereich der Möglichkeiten einbezogen. (Abgesehen davon war es ja gerade nicht die Praxis der „Alten Linken" = SPD, die Massen durch solche Mittel jeweils anzusprechen. Gerade der „parlamentarische Kretinismus" ist ihr seit Rosa Luxemburg von der „Neuen Linken" zum Vorwurf gemacht worden. Dem will aber Thomas v. d. Vring jetzt eine neue theoretische Weihe geben.)
Thomas verwendet einen großen Teil seines Aufsatzes auf die Betrachtungen der Unterschiede zwischen der alten Sozialistischen Förderer-Gesellschaft und dem neuen Sozialistischen Bund. Diese SFG war nach ihm der hoffnungsvolle Ansatz für eine neue theoretische Erhebung der Linken (zu merken war davon allerdings nichts!), sie legte Wert auf „Prominente", schätzte „Theoretiker", „Wissenschaftler", „Akademiker" (oder hätte das jedenfalls tun können), hatte ein aus solchen Köpfen bestehendes Kuratorium als Führungsorgan und zeigte auf ihrer Gründungsversammlung eine beachtenswerte Diskussion. (Tatsächlich gab es überhaupt keine Diskussion außer der um Satzungsfragen!!!) Der Sozialistische Bund hat hingegen nach Thomas bei allen diesen Merkmalen das Gegenteil gezeigt. Tatsächlich ist festzustellen, daß die 4 Hauptinitiatoren der SFG weiterhin neben Else Hille die Mitglieder des Vorstandes des Sozialistischen Bundes sind. Die Mitglieder des von dem Studenten Thomas v. d. Vring sogenannten „Apparat"-Bundesausschusses bestehen zufällig zu mehr als zwei Dritteln aus Leuten mit Hochschulbildung, die sie — mit einer Ausnahme — auch schon abgeschlossen haben. Es sind zwei ordentliche Professoren und mehrere wissenschaftliche Assistenten darunter. Der Vorschlag, andere „Prominente" besser in einem besonderen Kuratorium zusammenzufassen, das wohl beratende und überwachende, aber mehr noch repräsentative Funktionen habe, da diese „Prominenten" für eine beständige Mitarbeit in einem engeren oder weiteren Vorstand doch nicht zu gewinnen seien, stammt ausgerechnet aus dem Freundeskreis von Thomas v. d. Vring.
Der neue Thomismus spricht zwar selbstherrlich — und im Gegensatz zu einem ablehnenden Beschluß der Delegierten-

konferenz — im Namen des SDS, er versucht aber vor allem über die Frankfurter Gruppe Druck auf den Bundesvorstand des SDS auszuüben, der sich diesem Druck nicht leicht entziehen kann. Dieser neue Thomismus ging in seiner oberhirtlichen Sorge für die Seelen der Neuen Linken voller peinlicher Beredsamkeit gegen den Vorschlag an, Mitglieder des Sozialistischen Bundes (damals SFG) an den theoretischen Arbeitskreisen des Frankfurter SDS teilnehmen zu lassen. Wie schwer es ist, Anhänger dieses neuen Thomismus für Referate nach den Vorschlägen der Gruppenvorstände des Sozialistischen Bundes zu gewinnen, ließe sich auch zeigen. Ob der von Thomas im Frankfurter SDS geleitete Arbeitskreis nicht eher als Bearbeitungskreis gedacht ist, wäre nach einigen Schilderungen des dortigen Arbeitsstils gesondert zu untersuchen.

Thomas hat hingegen in der bei ihm so schlecht angeschriebenen Frankfurter Gruppe des Sozialistischen Bundes wochenlang geduldige Zuhörer für seine kritischen Ansätze gegen die „Alten Linken" gehabt. Den dort angemeldeten Widerspruch gegen seine Gedanken hat er aber — wie alle Dogmatiker — offenbar nicht kritisch abgewogen, sondern als „verfestigte Alte Linke" verketzert.

Thomas sagt mit Recht, daß der Sozialistische Bund gegenwärtig ohne nennenswerte, sichtbare politische Wirkung ist. Er vergißt nur, daß man das von dem viel eingefahreneren SDS — ohne daß dieser nun etwas dafür könnte — auf seine Weise genauso sagen kann. Der Sozialistische Bund hat nach Thomas keine Theorie. Das ist gewiß richtig, wenn man darunter ein allen Mitgliedern bewußtes (indoktriniertes?), einheitliches und dokumentiertes Gedankengebäude versteht. Nur ist der Ruf nach einer „neuen, realistischen Theorie" nicht nur so alt wie der SDS, gerade die Leute des neuen Thomismus in Frankfurt gebieten nun schon wieder seit Jahren dem „Weltgeist", innezuhalten, um neuen theoretischen Atem zu schöpfen. Soweit sie sich dabei auch noch auf Buttingers vor fast 20 Jahren konzipiertes Buch berufen, ist das nun doch eine arg lange Verschnaufpause für die reine theoretische Mühsal. (Daß Buttingers Kritik der „Alten Linken" dabei beinahe ebenso in ihr Gegenteil verkehrt wird, wie man das auf der DK des SDS mit Kolakowski im Namen der „theoretischen Wahrheit" versuchte, sei nur am Rande vermerkt.)

Es wird daran offenbar, daß aus den Bedürfnissen der praktischen Bewegung heraus, es immer noch die Leistung einzelner Köpfe sein wird, in der Diskussion und im Streit der theoretischen Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, nicht aber die Folge des dekretierten Stillehaltens ganzer Organisationen. Die Eule der Minerva beginnt bekanntlich in der anbrechenden Dämmerung ihren Flug. Aber sie klappt nicht die Flügel herunter und macht die Augen zu!

Es wäre gut, wenn Thomas an Stelle seines alten Jammers über die „Alte Linke" sogleich seine „realistische Strategie der Neuen Linken" entwickelt hätte. Hoffentlich täuscht noch der derzeitige Eindruck, daß sie ihm unter der Hand zu einer Apologie der „Alten Rechten" geraten ist.

Thomas versucht, der alten SFG nachträglich eine höhere Weihe zu geben, als sie tatsächlich hatte. Tatsächlich war sie wesentlich ein Finanzierungsverband des SDS und hätte in der alten Form nach der Unvereinbarkeitserklärung der SPD bestenfalls noch die Aussicht gehabt, eine kümmerliche Alte-Herren-Organisation für den SDS zu bleiben. Man kann eben nicht „Fabier-Gesellschaft" (die übrigens auch keine praktische Abstinenz übte) ohne Labour-Party sein.

Wollte die SFG auch nur den SDS nennenswert finanzieren, so konnte sie bei Strafe des Untergangs nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD nicht bleiben, was sie war. Vielleicht hätte angesichts der noch mangelnden Solidarität bzw. der Unmöglichkeit, nennenswerte politische Kämpfe auszutragen, der Name Sozialistische Gesellschaft dem gegenwärtigen Zustande mehr entsprochen. Eine Änderung des Zweckes war auf jeden Fall erforderlich. Bisher hat auch nur ein „Prominenter" den von keiner Seite „großzügig" einkalkulierten Austritt erklärt.

Aus Platzgründen seien hier noch ein paar Gedanken geführt, über die längere Ausführungen zu machen wären. Ignorieren will ich dabei die offene Aufforderung an den SDS, die Trennung vom Sozialistischen Bund durchzuführen. Der Sozialistische Bund verlangt vom SDS nichts, es sei denn, nicht noch obendrein für seine Unterstützung getreten zu werden. Die Mitglieder dieses Bundes verraten großenteils ein bewundernswertes Maß an Verantwortung, wenn sie weiter gestatten, trotz solcher wiederholter Attacken, wie der von Thomas, den größeren Teil ihrer Beiträge dem SDS zur Verfügung zu stellen; obwohl die eigene Arbeit des Bundes dadurch in bedrohlicher Weise gelähmt wird. Es wäre der SDS, der bei einer Trennung der Verlierer wäre. Thomas' verzerrtes Bild von der Wirklichkeit ist jedoch nicht einfach aus der Bosheit des nicht zum Zuge gekommenen Marxismus-Überwinders zu erklären. Er ist einer jener jüngeren Sozialisten, die eine beachtliche Belesenheit in der jüngeren Marxismus-Diskussion mit hervorragender, eifriger und langjähriger Aktivität in einer sozialistischen Studentengruppe verbanden. Deren linke Gedanken waren dem widrigen politischen Klima nicht voll ausgesetzt, solange die eigentliche politische Praxis auf das parteiinterne Feld der SPD verwiesen werden konnte. Nachdem sie der für unmöglich gehaltene Schlag der SPD-Führung getroffen hat, verliert die Bewegung der linken Gedanken ihren spielerischen Charakter. Der kleine Haufen erscheint mit der Macht der Theorie unvereinbar. Die Neigung, lieber auch die Theorie einer sozialistischen Veränderung zurückzudrängen, ist so erklärlich. Am Fuße des Felsens der Realität will man sich klein machen, wenn man schlau ist.

Ungeschichtlich, wie an solchen geschichtlichen Tiefpunkten häufig die konkret-geschichtlichen Ergebnisse der Gegenwart genommen werden, versucht unser neuer Thomismus aus der derzeitigen Misere ein ewiges Verhängnis für alle konsequent sozialistisch auftretenden Linken zu machen. Statt dessen sollten die analytisch-theoretischen Bemühungen von Vertretern der „Neuen Linken", die geschichtlich-soziologischen Ursachen des Verfalls der Linken im „Westen" aufsuchen (von einer revolutio-

nären Unfähigkeit der marxistischen Strategie — wie auch immer entartet — auf der ganzen Welt zu sprechen, ist einfach lächerlich) und sich anbahnende zukünftige Aufstiegsmöglichkeiten näher bestimmen.

Insbesondere wären dabei auch die möglichen neuen Faschismus-Tendenzen bzw. autoritären Tendenzen, wie auch neue fortschrittliche Tendenzen in den absackenden Mittelschichten der sozialen Pyramide zu untersuchen. Schließlich brauchte die Neue Linke weitere Untersuchungen über das Bewußtsein der Massen der Arbeitnehmerschaft.

Was der SDS dabei vernünftigerweise leisten kann, ist nicht, sich in der anspruchsvollen Pose des kollektiven Theoreten zu gefallen. Der SDS bzw. seine führenden theoretischen Köpfe werden sich dabei übernehmen. Der SDS kann vor allem in der Gesamtbewegung einer zukünftigen Neuen Linken beständig Einzelergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft für die Diskussion der neuen Linken vermitteln. Er kann das besonders auf literarischem Wege und in Seminaren tun. Das würde es den theoretischen und praktischen Köpfen und Führern einer neuen linken Bewegung um so leichter machen, diese Neue Linke auf ein Niveau zu bringen, das ihr die größtmögliche Einsicht und Übersicht über ihre jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen gestattet.

Heinz Brakemeier

Triebbefriedigung und Gesellschaft

Michaela Alth

Zunächst muß der Hunger gestillt werden. Zuerst ist danach zu fragen, warum trotz besserer Möglichkeiten Menschen hungern müssen. Das ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Fragestellung. Die nächste Frage lautet: was, unter welchen Bedingungen und wieviel soll zusätzlich produziert werden? Planvolle Lenkung der Produktion ist mehr als ihre Sicherung gegen Krisen. Ihr Ausgangspunkt müßte eine Kenntnis der menschlichen Bedürfnisse und ihrer Dynamik sein. Ihr Ziel wäre die Befriedigung der Bedürfnisse und nicht die Gewöhnung an neue Süchte. Der Spätkapitalismus züchtet sich zu seiner Aufrechterhaltung einen Konsumenten heran, dessen Bedürfnisse nur durch die Höhe seines Einkommens begrenzt sind. Dem entspricht eine Wirtschaftswissenschaft, die unverändert die Knappheit der Mittel diskutiert ohne den Gebrauchswert des Produzierten der Prüfung zu unterziehen. Die Ökonomie im Dienste der Produktionssteigerung einseitig und blind müßte zur Ökonomie der Produktionssteigerung werden. „Die Sinnlichkeit muß die Basis aller Wissenschaft sein. Nur wenn sie von ihr, in der doppelten Gestalt, sowohl des sinnlichen Bewußtseins als des sinnlichen Bedürfnisses ausgeht — also nur, wenn die Wissenschaft von der Natur ausgeht — ist sie wirkliche Wissenschaft." (Marx, Frühschr., Kröner 1953, S. 245)

Marx kam zu dem Schluß, die bürgerliche Gesellschaft würde am Hunger zugrunde gehen. Die Regelung der Verteilung des Überschusses wird daher für ihn erst innerhalb einer vernünftigen Gesellschaft thematisch. Kürzere Arbeitszeit und humanere Arbeitsbedingungen sollen das „Reich der Notwendigkeit" auf ein Minimum beschränken. Voraussetzung ist, daß Bedürfnissteigerung und Stand der Produktivkräfte miteinander Schritt halten. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört ... wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen ... so muß es der Zivilisierte ... Mit seiner Entwicklung erweitert sich das Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse zunehmen; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen." (Kap. Bd. III, S. 873)

Wollte man die Bedürfnisse nicht nur manipulieren, sondern auch befriedigen, so müßte man die Voraussetzung ihrer Entstehung und Steigerung kennen. Marx gibt einen ersten Hinweis: Voraussetzung der Geschichte ist, „daß das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung zu neuen Bedürfnissen führt ..." (F. S. S. 355). Dieser in der Zoologie einmalige Fall einer Tiergattung, deren Bedürfnisse sich anscheinend mit jeder neuen Befriedigung vermehren, muß von der Psychologie geklärt werden. Ein Teil der Psychologen wird achselzuckend von Vervollkommnungstrieb und Machttrieb sprechen. Diese Tautologie macht den Tatbestand, den sie erklären soll, irreduzibel. Der andere Teil der Psychologen bietet eine „modernere" Erklärung: die Gesellschaft kann Bedürfnisse beliebig produzieren und manipulieren. Auch das ist nur eine andere Umschreibung dessen, was zu erklären wäre. Beide Formulierungen sind Blanko-Unterschriften, die jeder Gesellschaft bescheinigen, daß sie den individuellen Bedürfnissen gerecht wird. Die Psychoanalyse führt die Steigerung der Bedürfnisse auf die Unfreiheit zurück. Sie nennt den Prozeß, der die Begierde auf neue Objekte hinlenkt, „Sublimierung". Die auf dem Wege der Sublimierung erworbenen Bedürfnisse stehen in Einklang mit dem jeweiligen Zustand der Gesellschaft. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse erfüllt jedoch fast nie vollständig die unbewußten Ansprüche des Individuums. Sublimierung gestattet immer nur Ersatzbefriedigung. Die primären Triebziele sind unter der erdrückenden Übermacht der Natur oder der Gesellschaft aufgegeben worden. Am An-

fang der Kulturentwicklung steht die Verdrängung. Die Tiergattung Mensch vermag die Eiszeit nur zu überleben, weil sie von der unmittelbaren Befriedigung biologischer Bedürfnisse abgeht und zu arbeiten beginnt. Partielle Desexualisierung des Körpers ist die notwendige Voraussetzung kontinuierlicher Arbeit. Die Einschränkung, die dazu notwendig ist, wird am Inzesttabu, der ersten gesellschaftlichen Norm, eingeübt. An Stelle biologisch vorgezeichneter Reaktionen, die die angeborene Art der Bedürfnisbefriedigung herbeiführen, treten Arbeit und Ersatzbefriedigung. Der Ersatz vermag das, worauf verzichtet werden mußte, um ihn zu erreichen, nicht zu ersetzen. Allmählich wird die Diskrepanz spürbar und die verbotenen Wünsche suchen erneut ins Bewußtsein vorzudringen. „Verbotene Wünsche" ist ein vager Ausdruck. Er bezeichnet die biologische Unmittelbarkeit, die für das Tier kennzeichnend ist und die als vermittelte die Einheit von Natur, Gesellschaft und Individuum bedeuten würde. Solange jede neue Stufe des Fortschritts neue Unterdrückung bedeutet und der Rückfall auf frühere Stufen bei Strafe des Untergangs verboten ist, bleibt nur die Flucht nach vorne. „Was man ... als rastlosen Drang zu weiterer Vervollkommnung beobachtet, läßt sich ungezwungen als Folge der Triebverdrängung verstehen, auf welche das Wertvollste an der menschlichen Kultur aufgebaut ist ... Aus der Differenz zwischen der gefundenen und der geforderten Befriedigungslust ergibt sich das treibende Moment, welches bei keiner der hergestellten Situationen zu verharren gestattet ..." (Freud, Ges. W. London 1940 S. 44) Fortschritt entsteht unter der Bedingung innerer und äußerer Unterdrückung. Die beiden Formen der Unterdrückung sind isomorph und ergänzen einander. Je früher und nachhaltiger das Individuum zur Selbstunterdrückung dressiert werden kann, um so weniger bedarf es später der unmittelbaren Kontrolle. Wie in der Gesellschaft, so gilt auch innerhalb der seelischen Struktur: Druck erzeugt Gegendruck. Je mehr das Individuum durch die Kultur sich selbst entfremdet wird, um so mehr droht der Rückfall in die Barbarei. „Wir wissen schon, daß die Kultur dabei dem Zwang der ökonomischen Notwendigkeit folgt, da sie der Sexualität einen großen Betrag der psychischen Energie entziehen muß, die sie selbst verbraucht. Dabei benimmt sich die Kultur gegen die Sexualität wie ein Volksstamm oder eine Schicht der Bevölkerung, die eine andere ihrer Ausbeutung unterworfen hat. Die Angst vor dem Aufstand der Unterdrückten treibt zu strengen Vorsichtsmaßregeln. Einen Höhepunkt solcher Entwicklung zeigt unsere westeuropäische Kultur." (Unbeh. i. d. Kultur, Fischer Bd. 47 S. 140) Die Charakterstruktur des Individuums in dieser Phase gesellschaftlicher Entwicklung ist Freuds Untersuchungsobjekt. Einige seiner Ergebnisse und die Folgerungen, die sich vielleicht daraus ziehen lassen, sollen im Folgenden diskutiert werden.

Ich und Es

Freuds Entdeckung des Unbewußten war die immanente Kritik der bürgerlichen Verklärung partikularer Rationalität. Die bürgerliche Revolution wollte einen Gesellschaftszustand herstellen, in dem jeder in ungehemmter Verfolgung seiner Interessen ans Ziel seiner Wünsche gelangen könnte. Während sich objektiv die Tendenz abzeichnete, daß die unkoordinierten Handlungen der privaten Vernunft zu wirtschaftlichen Krisen führen und damit dieser Vernunft selbst zuwider laufen, wies Freud nach, daß das scheinbar vernünftige Individuum nicht einmal genau weiß, welche Ziele es verfolgt, wodurch es motiviert ist.

Das „Ich", das Bewußtsein, die Vernunft, ist Ausführungsorgan des Es, der unbewußten Triebanforderungen. „Dies Ich erscheint uns selbständig, einheitlich, gegen alles andere gut abgesetzt. Daß dieser Anschein ein Trug ist, daß das Ich sich vielmehr nach innen ohne scharfe Grenze in ein unbewußt seelisches Wesen fortsetzt, das wir als Es bezeichnen, dem es gleichsam als Fassade dient, das hat uns erst die psychoanalytische Forschung gelehrt ..." (Unbeh. Fischer, S. 92).

Ursprünglich sind für das Kind Ich, Es und Außenwelt eine Einheit. Innerhalb dieser Einheit vollzieht sich die Befriedigung der Bedürfnisse (Saugbedürfnis und Hunger) nach dem scheinbar allmächtigen Willen des Kindes. Bewußtsein als die Sonderung von Ich und Außenwelt resultiert aus der Erfahrung des Kindes, daß die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht in seiner Gewalt steht. „Damit stellt sich dem Ich zuerst ein „Objekt" entgegen, als etwas, was sich außerhalb befindet und erst durch besondere Aktion in die Erscheinung gedrängt wird." (Unbeh. Fischer S. 94) Diesem Objekt gegenüber differenziert sich als wahrnehmendes und handelndes Subjekt das Ich heraus. Die Subjekt-Objekt-Relation zwischen Ich und Außenwelt wird hergestellt, um die Außenwelt den Wünschen des Es gefügig zu machen. Ein Teil des Es hat sich zu diesem Zweck als Ich der Außenwelt angepaßt, sich ihr angeglichen. Andererseits wird dies erste Objekt, die Mutter, erst dann wirklich beeinflußbar, wenn das Kind sein Bewußtsein auch auf sie projizieren kann, wenn es der Außenwelt ähnliche Motive zusprechen kann wie sich selbst. Ebenso entsteht nach Freuds Ansicht auch die erste Vorstellung von Gottheiten, um die Natur manipulierbar zu machen. (Das Unbewußte, Fischer 1960 S. 300) Das Es hat gleichsam zum besseren Verkehr mit der Realität einen Vermittlungsfunktionär mit der Aufgabe betraut, seine Ansprüche durchzusetzen. Das Ich als Vermittler kann einen Kompromiß zwischen Realität und Es aber nur dann zustande bringen, wenn die beiden einander nicht prinzipiell widersprechen. Ist die Diskrepanz zu groß, so muß einer der beiden Gegner nachgeben. Kann die Realität nicht verändert werden, so wird es zur Aufgabe des Ich, das Es zum Zurückweichen zu zwingen, wenn in dessen eigenem Interesse die Selbsterhaltung garantiert sein soll. In einer solchen Situation erscheinen nämlich die Es-Wünsche unvereinbar mit der Selbsterhaltung. „Eine Absicht, sich am Leben zu erhalten ... kann dem Es nicht zugeschrieben werden. Dies ist die Aufgabe des Ichs, das auch die günstigste und gefahrloseste Art der Befriedigung mit Rücksicht auf die Außenwelt zu finden hat." Sucht man nach dem Prinzip, das das Ich dem Es entgegenhält, so stößt man auf die Zeit. Das Es ist nach Freuds Theorie zeitlos und die Aufgabe des Ichs ist es, die einzelnen Triebansprüche erst im rechten Augenblick ihrer Verwirklichung zuzuführen. (XIII, S. 28, S. 373) Wenn aber der Lustcharakter durch zeitliche Modifikationen an-

getastet werden kann — und anders ist ein Konflikt zwischen Ich und Es nicht denkbar — so muß das Es eine ihm eigentümliche Zeitrechnung haben, die mit der abstrakten Zeit des Ichs kollidiert. Die Zeitordnung, die dem Es aufgezwungen wird, ist durch die Produktionsverhältnisse bedingt und verändert sich mit ihnen. Die Unvereinbarkeit von Ich und Es spiegelt die Diskrepanz zwischen individuellem Lebensvollzug und gesellschaftlicher Reproduktion des Lebens wider. Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen ist Einsatz des Arbeitsinstrumentes Körper, Freizeit dessen Reproduktion. Was immer in der Freizeit geschehen darf, ist bestimmt durch die kategoriale Forderung, daß am nächsten Morgen die Arbeit unverändert wieder aufgenommen werden kann. Die biologischen Bedürfnisse werden so befriedigt, daß das Arbeitsinstrument funktionsfähig bleibt. Die Verkürzung der Arbeitszeit und humanere Arbeitsbedingungen wären die Voraussetzung einer Veränderung des Ichs, der Herstellung eines Realitätsprinzips, das mit dem Lustprinzip vereinbar wäre.

Das Luststreben kommt mit dem Realitätsprinzip deshalb in Konflikt, weil letztlich Lust nur in der Realität zu erreichen ist. Daß unter gegenwärtigen Bedingungen beinahe alles, was sich als Realität dem Subjekt entgegenstellt, unlustbetont zu sein scheint, wird in Freuds Theorie von der Entstehung des Bewußtseins offenkundig. Das Kriterium, nach dem Realität und Innenleben voneinander getrennt werden, ist nämlich der Schmerz. „Einen weiteren Antrieb zur Loslösung des Ichs von der Empfindungsmasse, also zur Anerkennung eines Draußen, einer Außenwelt, geben die häufigen, vielfältigen, unvermeidlichen Schmerz- und Unlustempfindungen, die das unumschränkt herrschende Lustprinzip aufheben und vermeiden heißt. Es entsteht die Tendenz, alles, was Quelle solcher Unlust werden kann, vom Ich abzusondern, es nach außen zu werfen, ein reines Lust-Ich zu bilden, dem ein fremdes drohendes Draußen gegenübersteht." (Einführung in die Psa. Fischer Bd. 47 S. 94) Diese erste Einteilung wird zwar allmählich durch die spätere Erfahrung modifiziert, doch bleibt die teilweise Gleichsetzung von außen = unangenehm erhalten, weil auch die späteren Erfahrungen wenig zu einer entscheidenden Änderung der ersten Hypothese beitragen. Diese Struktur des Bewußtseins macht die Beziehung zum Objekt zwiespältig, labil und reversibel. „Der Haß ist als Relation zum Objekt älter als die Liebe, er entspringt der uranfänglichen Ablehnung der reizspendenden Außenwelt von seiten des narzißtischen Ich." (Ges. W. Bd. X S. 231) Das Verhältnis zum anderen Menschen als Teil einer primär unlustspendenden Realität ist gestört. Die Repression der Sexualität durch die Gesellschaft vollzieht sich weniger durch das bloße Verbot, als durch das spezifische Realitätsprinzip, das dem einzelnen aufgezwungen wird. Solange Individuum und Gesellschaft einander fremd gegenüberstehen, gibt nicht Hingabe, sondern Selbstbefriedigung auch für die Objektliebe das Modell ab.

Bei den Tieren ist die Wahl des Sexualobjektes in der Regel durch Signalreize gesteuert. Das Sexualobjekt besitzt Eigenschaften, Signale, die die angeborenen Werbungs- und Begattungsreaktionen auslösen. In Freuds Theorie besitzt das Triebobjekt keinen „Aufforderungscharakter", sondern wird erst durch libidinöse Besetzung seitens des Subjektes begehrenswert. Die Triebe, die ihre Anforderungen stellen, regen sich spontan im Subjekt. Freuds Theorie interpretiert die Subjekt-Objekt-Beziehung einseitig als Sache des Subjektes und spiegelt damit die Lage des von ihr kritisierten bürgerlichen Individuums wider, für das der Koitus nur ein Ersatz für die Onanie ist. Haben Trieb und Realität nichts miteinander zu tun, so muß die von den Therapeuten gepriesene Genußfähigkeit die Absenz von Glück verdecken.

Über-Ich

Je weniger das Ich das Es für den aufgenötigten Verzicht entschädigen kann, um so fragwürdiger wird seine Autorität. (Der Leser möge mir gestatten, daß ich Freuds Stilmittel der Verdeutlichung, die Personalisierung psychischer Funktionen, im Folgenden in besonders krasser Weise verwende.) Werden die Anforderungen der Realität zu streng, so stößt schließlich die Versicherung des Ich: „Es lohnt sich" beim Es auf Unglauben. Solange die strafende Realität, die Eltern, das Verhalten überwachen, kann der Gehorsam durch das Motiv der Unlustvermeidung erzwungen werden. Was soll aber in Abwesenheit der Aufsicht geschehen? Wo man nicht mehr überzeugen kann, muß man befehlen. Das Ich übernimmt die Rolle der Eltern: „Ich bin der Vater und sage dir, du sollst." In dieser neuen Rolle kann es auch das Es trösten. „Du bist auf den Vater draußen nicht angewiesen. Ich bin ja auch der Vater, mich kannst du lieben." So tritt allmählich eine Art Bewußtseinsspaltung ein: Das Ich ist zweierlei, Kind und Eltern zugleich. Die ursprüngliche Einheit von Psyche und Außenwelt, die aufgegeben wurde, um sie in der Realität herzustellen, wird als Illusion hergestellt, weil der Versuch ihrer Verwirklichung scheiterte. Das Ich ist an der Realität gescheitert. Das Kind lernt verzichten, wo es sich nicht durchsetzen kann, indem es den Verzicht zu seiner eigenen Sache macht. Ein neuer Kern ist innerhalb des Ich entstanden: das Gewissen. Das Kind setzt die unglückliche Liebe zu den Eltern um in den Wunsch, ihnen zu gleichen. Unter den Vorschriften der Eltern, die nun als eigene befolgt werden, sind auch die moralischen. Was eine Umwelt, in die das Individuum durch wirkliche libidinöse Bindungen integriert wäre, im eigenen Interesse des einzelnen fordern könnte, die Achtung der Rechte der anderen, wird von einer psychischen Instanz aufgenötigt, einer Illusion, die so tut, „als ob" sie ein Ersatz für diese Umwelt wäre. Das Gewissen, das Über-Ich, das auf diese Art entsteht, ist die Ansatzfläche jenes Kitts, der subjektiv zusammenhält, was objektiv

zu verändern wäre. „Die Ethik ist also als ein therapeutischer Versuch aufzufassen, als Bemühung, durch ein Gebot des Über-Ichs zu erreichen, was bisher durch sonstige Kulturarbeit nicht zu erreichen war." (Unbeh. S. 187) Das Über-Ich selbst als Ersatzlösung verhindert eine bessere. Freuds kritische Wertung des Über-Ichs ist zugleich Kritik an der Religion. Freud versteht wie Marx unter Emanzipation der Menschen von der Religion die Hinwendung zur Veränderung der Realität, so daß eine illusionäre Kompensation überflüssig wird. „Dadurch, daß der Mensch seine Erwartungen vom Jenseits abzieht und alle freigewordenen Kräfte auf das irdische Leben konzentriert, wird er wahrscheinlich erreichen können, daß das Leben für alle erträglich wird und die Kultur keinen mehr erdrückt." (Das Unbewußte S. 332) Der Untergang des Ödipuskomplexes ist der erste Verzicht darauf, das Objekt in der Außenwelt zu finden. Dieser erste Verzicht bleibt die Grundlage für alle weiteren. Damit beginnt eine Erziehung, deren Aufgabe es ist, Trieb und Triebziel zu trennen. Aus der Verhaltenslehre weiß man, daß die höheren Tiere gleichfalls hinsichtlich des Objektes zunächst nicht eindeutig festgelegt sind. Sie reagieren auf gewisse Signalreize. Aber diese Schlüsselreize sind oft nur nebensächliche Eigenschaften des Triebobjektes. Sie müssen durch die Erfahrung ergänzt werden. So reagiert beispielsweise das Männchen einer bestimmten Fischgattung, wenn es alleine aufgezogen wurde, auf einen roten bewegten Punkt mit den angeborenen Verhaltensformen der Werbung um das Sexualobjekt. Der rote Punkt als Signalreiz findet sich auf dem Schwanz des Weibchens und dient so einer ersten Orientierung. Durch Erfahrung wird dieser rote Punkt so mit der Gestalt und den Bewegungen des Weibchens verbunden, daß der gesellig aufgewachsene Fisch nur noch auf ein vollständiges Weibchen reagiert.

Beim Menschen geschieht hinsichtlich des Triebzieles genau das Gegenteil: die Entwicklung führt nicht zu einer Präzisierung der Reaktionen, sondern macht sie diffuser. Nur dadurch werden sie der gesellschaftlichen Manipulation zugänglich. Je inadäquater aber das Befriedigungsobjekt, um so länger kann die Triebspannung aufrechterhalten werden. Dies gilt nicht nur für die ziellose unbefriedigte Libido, die sich bald an dieses, bald an jenes Objekt heftet und für die immer neuen Bedürfnisse sorgt, sondern auch für die Aggressionsbereitschaft. Bereits innerhalb der Familie wird dem Kind abgewöhnt, die Aggression ihrem normalen Verwendungszweck zuzuführen. Die Aggressionsbereitschaft, die nicht mehr auf Widerstand gegen Unterdrückung und auf Eroberung des Triebobjektes gerichtet ist, bleibt unbefriedigt und lauert, sich ständig steigernd, auf eine Gelegenheit. Schließlich bedroht sie die Kultur selbst. „Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es ihrer Kulturentwicklung gelingen wird, der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden. Die Menschen haben es jetzt in der Beherrschung der Naturkräfte so weit gebracht, daß sie es mit deren Hilfe leicht haben, einander bis auf den letzten Mann auszurotten." (Unbeh. S. 190)

Gegen die Theorie, daß Sublimierung und Bedürfnissteigerung durch die Desorientierung der sexuellen Verhaltensschemata entsteht, mag eingewandt werden, daß doch die genitale Sexualität des Erwachsenen innerhalb gewisser Grenzen ihr Objekt finden kann. Doch dieses Argument geht am entscheidenden Sachverhalt vorbei. Der zweizeitige Ansatz der Sexualität (bis etwa 6. Lebensjahr und dann wieder in der Pubertät) wird dazu benutzt, einen Großteil der Libido bereits vor der Pubertät anderweitig zu fixieren. Kommt es dann schließlich zur genitalen Befriedigung, so bleibt sie für das Individuum nebensächlich. Kennzeichnend für die bürgerliche Gesellschaft ist nicht die Psychologie der „sinnlichen Aneignung des menschlichen Wesens und Lebens" (Marx, F. S. S. 239), sondern die Psychologie des „Habens". Der Lustgewinn aus dem „haben" ist abgeleitet von der prägenitalen Freude am Spiel mit dem eigenen Kot. Die Fäkalien sind individuell der erste Besitz, das erste eigene Produkt, die erste eigene Habe. Sparsamkeit, Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Erwerbsstreben werden dem Es durch die unbewußte Gleichsetzung von Dreck = Geld schmackhaft gemacht. Freud beschrieb diese Verschiebung als eine Eigentümlichkeit eines bestimmten Charaktertyps. Marx faßte diese Regression als Eigentümlichkeit der bürgerlichen Psychologie überhaupt. „An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten ... Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben oder ... er von uns gebraucht wird." (F. S. S. 240) Eine Änderung dieser Perversion ist vielleicht möglich, weil sie wahrscheinlich auf der Abhängigkeit der Triebe von Gegenständen und Menschen beruht, die nur innerhalb der Gesellschaft vorgefunden werden. „Der Mensch ist unmittelbar Naturwesen. Als Naturwesen ... ist er teils mit natürlichen Kräften ausgerüstet ein tätiges Naturwesen: diese Kräfte existieren in ihm als Triebe ... die Gegenstände seiner Triebe existieren außer ihm ..." (F. S. S. 274) Die Struktur des Bewußtseins wird von den Gegenständen, vor allem von den Menschen, die das Individuum zu lieben oder zu bekämpfen sucht, geformt. Freud war kein Utopist. Er tat das einzig mögliche: Er untersuchte die Triebstruktur der Menschen, wie er sie in seiner Zeit vorfand und bemühte sich, die individuellen Entstehungsbedingungen dieser Triebstruktur nachzuweisen. Ein noch nicht existenter Mensch läßt sich nicht analysieren. Es wäre Sache des historischen Experiments, Marx' Hoffnung zu verifizieren: „Damit der Mensch zum Gegenstand des sinnlichen Bewußtseins und das Bedürfnis des ‚Menschen als Menschen' zum Bedürfnis werde, dazu ist die ganze Geschichte Entwicklungsgeschichte." (F. S. S. 245)

Kein Pardon für Pardon

Lothar Hack

Motto: „Ein Bumerang ist ein Ding, wo, wenn man's wegschmeißt und es kommt nicht zurück, dann ist es keiner gewesen".

(definitio per negationem)

Mondo Cane contra Wohlfahrtsstaat. Unverbindliche Bestürzung gegen feudalisierten Bürokratismus. Ein Pseudo-Gegeneinander scheinbarer Pole. Vermeintliche Dichotomie grundlegender Komplementarität. Die Gorgonen tragen ihre Schlangenhaare nach Jackie-Look. Ihr Anblick versteint nicht mehr, er treibt zum Friseur.

Diese Situation bedarf nicht mehr der grotesken Zauberreiche Laputa und Balnibarbi des Jonathan Swift — sie ist selbst grotesk geworden; diese Situation schreit nach Licht und Spiegel. Zu einer Zeit, da ein unretuschiertes Photo die Runzeln und die Starrheit des Kanzlers am schärfsten kritisieren, müssen Karikatur und Satire auf neue Methoden sinnen. Lächerlichkeit durch Überzeichnung verliert seinen Sinn, wenn der Gegenstand der Karikatur sich bereits selbst durch die Diskrepanz von Anspruch und Realität desavouiert; wenn der Herr sich dem Knecht gesellt, um Steuern zu sparen; wenn der Schmutz in der eigenen Wohnung sich türmt, damit der Nachbar von unserer Sauberkeit beeindruckt werde. Neckische Ironie — resultierend aus dem Spiel ernst genommener Sprache — schlägt unmittelbar zurück, wenn das Objekt der Kritik brutal genug ist, den Witz nicht zu verstehen, die Pfeile nicht zu spüren, den Hofnarren — zur Erleichterung seiner Funktion — nicht durch Schellenkappe zu kennzeichnen, sondern ihn selber der Lächerlichkeit der Ohnmacht preiszugeben. Verschwistert die Macht sich mit der Ignoranz — und überläßt die Sensibilität dem Kritiker —, so wird Kritik zum Bumerang, sofern sie nicht Schrotflinte und Pinsel mit dem Seziermesser vertauscht. Genaue anatomische Kenntnisse sind erforderlich.

Benötigt man kein maßlos Anderes mehr, um durch die Diskrepanz zwischen diesem Anderen und der Welt, in der man lebt, auf das Aberwitzige dieser Welt zu verweisen, so kann, ja muß — was die formalen Momente von Satire und Karikatur betrifft — die Distanz eingezogen werden: „der Schock, den die Lektüre hervorruft, entspricht nicht der Unähnlichkeit, sondern der Ähnlichkeit von Realität und Satire" (H. M. Enzensberger „Satire als Wechselbalg", in: „Einzelheiten", S. 219). Das Unbehagliche ist die Genauigkeit der Abbildung; die Bestürzung resultiert nicht aus der weitausholenden, alles umfassenden, übersteigernden Gebärde; die Bosheit liegt im Detail, das unvermutet ernst genommen wird, das plötzlich auf seinen Anspruch, das Wesentliche zu enthalten, abgeklopft wird — und dabei in seinem scharlatanischen Anspruch zerbricht. Das Detail i s t zwar nicht das Ganze — wie es gerne sein möchte, aber es offenbart häufig ein derartiges Maß an Blödheit und Arroganz, Grausamkeit und penetranter Frivolität, daß es überflüssig wird, die schwammige Totalität fassen zu wollen.

Doch nicht nur der Gegenstand der Satire will ernster genommen sein als bisher, auch der kritisierte und der sich neutral dünkende Leser — Neutralität ist in Wahrheit verschwunden: der Kritiker hat a l l e gegen sich — sind zum Problem geworden: der Leser ist gewappnet. Gerät er, gewollt oder ungewollt, in den Bereich der Ironie, so schaltet er entweder ab, oder er schaltet um auf Humor; genüßlich rückt er sich zurecht und vom Geschehen ab und ist bereit zum schadenfrohen oder noch schlimmer: zum onkelhaft verzeihenden Gelächter. Will der Kritiker diesem adaptierenden Lachen entgehen, so bleiben ihm heute wohl nur zwei Möglichkeiten:

Er vermeidet den offenen Angriff, begibt sich ins scheinbar gemütliche Plaudern, so daß dem Leser ganz warm ums Herz wird, und er seinen Panzer ablegt — bis er plötzlich merkt, daß er den Ärger bereits in den Knochen hat. Wiederaufrüstung kommt zu spät. Die Sprache ist sachlich; die Diktion kühl und scheinbar sehr distanziert und betont besonnen; der Erzähler heuchelt Einverständnis, indem er jedwede explizite Aggression meidet. Die Polemik entsteht erst im Nachhinein aus dem Auseinanderbrechen von Form und Inhalt. Diese Methode, die mit großem Geschick von Slawomir Mrozek, aber auch von Heinrich Böll praktiziert wird, ist gemein, gerade deshalb so wirksam.

Eine ebenso gute Erfolgschance hat die andere Methode — um beim militärischen Jargon (der ja heute doch am besten verstanden wird) zu bleiben: der Blitzkrieg. In lapidarer Kürze, d. h. ohne Aufsehen und Abwehr zu erregen, wird die Kritik in kurzen Strichen vorgetragen; kein Wort ist zuviel, Redundanz wird völlig vermieden. Frage: Was ist eine Eidechse? Antwort: Ein Krokodil, nachdem es Selbstkritik geübt hat. Bevor Visier und Scheuklappen in Stellung sind, ist die Ruhe wieder hergestellt. Diese Methode läßt der Satire nur die Möglichkeit des Aphorismus.

Beispiel von Stanislaw Jerzy Lec (Polen), in: „Pardon", Heft 2:

„Kein einziger Lawinenstein
sieht seine Beteiligung ein"

umreißt die derzeit modernste Form der Karikatur. Exemplare dieser Gattung — die ihr bestes Beispiel vielleicht in Mirko Szewczuks „Greta Garbo" hat — sind auch das Beste, was uns „Pardon" nach halbjähriger Existenz bescheret hat: László Réber, Chlodwig Poth (Meinungsbildung), George Grosz, Achim Ballnus (Vive Europa!), Siné (Die Entwicklung des Menschen seit Darwin). Aber was hat „Pardon", das geschickt in ein Vakuum einsickert, — „Simplizissimus" schändet seit Jahren nur mehr seinen eigenen ehrbaren Vorkriegsleichnam — inzwischen alles auf seinem sehr willigen und unangenehm nachsichtigen Publikum abgeladen.

Im Dezemberheft schrieb ein Leser: „Nach der Durchsicht von drei Nummern Ihrer Zeitschrift bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Erzeugung von Humor in Deutschland Schwerarbeit ist." Nach der Lektüre von sechs Heften könnte man meinen, einige Mitarbeiter lieferten nur ihre Schweißtücher ab. Zum Beispiel Erich Kuby mit seinen kaum noch fragwürdigen Beiträgen „Reizende Leute" (Axel-Story) und „Staatskommissar für die Wahrheit" (Strauß), oder Jaroslaw Hašek mit seinen dünnbeinigen, dickbäuchigen Geschichtchen „Wie man sich in großbürgerliche Kreise einschleicht, sich aber vor einer Verlobung wieder aus dem Staube macht" und „Das traurige Schicksal der Bahnhofsmission".

Die Kritik der kritischen Kritik würde jedoch „Pardon" diese und andere groß aufgezogene Langatmigkeit verzeihen, wäre die Kompensation angemessen. Im Februarheft wurde der Versuch unternommen, endlich einmal eines der Themen aufzugreifen, die nicht durch Oberflächenwellen geschaukelt werden, und sich so in ihrer grundlegenden Problematik der Optik der gängigen Massenkommunikationsmittel entziehen: die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. „Pardon" bemächtigte sich des Sujets in großer Aufmachung (16 Seiten), funktionalisierte die Fragestellung um auf seicht: „Wer macht Deutschlands Frauen glücklich?" und watete dann, mit wenigen Ausnahmen, durch Klischees, Greuelpropaganda und Sentimentalität. Kein Wunder, daß auf diesem Schlammpfad sogar die Fragestellung verlorenging.

Die erste der sieben Antworten auf die Thema-Frage orientiert sich an Freud und stellt in ihren vier zynischen Vermittlungsversuchen von Lust- und Leistungsprinzip schlaglichtartig die eigentümliche Frauenfeindlichkeit unserer Kultur und die damit verbundene Ghetto-Sexualität bloß. Chlodwig Poth bringt hier seine neckischen Bilder und lapidaren Kommentare in einen aufreizenden Kontrast — so wenn er oeconomia und sexus sich im tabellarischen Potenzindex überm Ehebett eines Düsseldorfer Großindustriellen finden läßt. Hier, in dem Versuch, das zutiefst Entgegengesetzte zu vermitteln, erweist sich um so deutlicher die Dominanz der Leistung; gerade hieraus erhellt um so eindrucksvoller die erbärmliche Existenz der zur bloßen Potenz deformierten Sexualität. Eine phantastisch gelungene Deflorierung dieses tabuisierten Bereiches.

Hätte sich doch „Pardon" mit dieser ersten, besten Antwort begnügt! Dreieinhalb Beiträge bemühen sich, in mehr oder weniger langatmiger Form, Kosmetik, Werbung und Lust-Schulung in die Rolle des Beglückers zu zwängen. Eine wirkliche Gefahr liegt jedoch in den beiden Beiträgen, die sich anstrengen, den deutschen Frauen plausibel zu machen, daß es anderswo noch viel schlimmer ist. Sind die Hinweise von Achim Ballnus auf das vermeintliche sonnige Liebesleben der Naturvölker in ihrer unmittelbaren Übertragung auf unsere Verhältnisse noch einfallsreich und irgendwie lustig, so ist die Antwort von Werner Georg Backert: „Der Sozialismus" (macht die deutschen Frauen glücklich) nur noch mit satirischer Tinktur gepäppelter Anti-Kommunismus. Und damit in diesem Herbarium deutscher Satire auch nichts fehle, wird auch noch moralisches Fallobst gesammelt: „Glück wird der deutschen Frau nicht wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, und wie eine Tropenfrucht schon gar nicht" (Februarheft, S. 34). Die Frage: Was soll's? erweist sich hier bereits als überflüssig.

Überhaupt ist „Pardon" neidlos zuzugestehen, daß es aufbaut. Das Januarheft dieses Jahres könnte gemeinsam vom Deutschen Industrie-Institut und der Bundeszentrale für Heimatdienst finanziert worden sein. Daß es nicht so ist, mag Zufall sein. Da ist zunächst der Artikel von Heinrich Mehrmann „Die Demokratie ist aufgewacht", zu der im Februarheft bereits einige gute Leserbriefe abgedruckt wurden: „Da schnarcht doch jemand" (S. 6), so daß sich eine nochmalige Kritik erübrigt. Dann: was mag sich Walter Hanel bei seiner makabren Behauptung: „Die fetten Ratten kommen erst" gedacht haben? Wer sind diese feisten, ekelerregenden, verschlagenen Biester, die bei der Schliekersache dabei waren und die den verängstigten Mann in seiner einsamen Villa in den Selbstmord treiben? Mindestens dann, wenn mit diesen Ratten nicht auf jeder der sieben Zeichnungen ein anderes Schreckgespenst beschworen werden soll, wenn es jedesmal dieselbe „Kraft" ist, ist die Erklärung beinahe zwingend: diese fetten Ratten sind die hohen Löhne oder noch konkreter: die Arbeiter. Wohin hat „Pardon" sich hier verstiegen? Und Roland Stigulinskys „Die Made in Germany" hat dieselbe Tonart. Muß man bei der Interpretation der Ratten vielleicht noch vorsichtig sein, so sind Stigulinskys Zeichnungen eine glatte Unverschämtheit. Das Résumé lautet etwa: die deutschen Arbeiter sind dick, dumm, faul und gefräßig. Es sei ausdrücklich gesagt, daß solche Artikel bisher Ausnahmen in „Pardon" waren ...

Keine Ausnahme ist etwas anderes: die Personalisierung. Nach einem halben Jahr „Pardon" („Die Zeit" hat hier gute Vorarbeit geleistet) müßte sich der Eindruck durchgesetzt und festgemacht haben, daß drei Menschen die ganze Schuld an allen Übeln in der Bundesrepublik trifft: Strauß, Adenauer und Axel Springer.

Mit Axel Springer fing es an („Krieg wegen Axel Springer?", Heft 2) — und war insofern eine gute Sache als diese Nummer alsbald werbewirksame Schwierigkeiten provozierte. Ist der Hamburger Verlagschef auch ein Politikum ersten Ranges und „Bild" keine Zeitung, sondern eine Institution — d. h. ist das Thema schon sein Pulver wert, so ist doch zu fragen, ob die Form, in der besonders Erich Kuby vom Leder zog, durch ihre simplifizierende Personalisierung nicht notwendig den Kern der Sache verfehlen und sich zu einem handfesten Alibi auswachsen mußte. Das komplexe Phänomen der Wirksamkeit der Massenmedien wird abgezogen auf einen handfesten, deshalb greifbaren Spitzbuben, mit dem man nun Schlitten fahren will. (Nur am Rande sei weiterhin gefragt, ob es bei der spezifischen Leserschaft von „Pardon" nicht viel witzvoller wäre, sich einmal die F. A. Z. näher anzuschauen; s. u.) Der Gegner wird überhöht, die Situation überzeichnet — in der Hoffnung, das größere Ziel besser treffen zu können. Und genau diese Methode ist inadäquat. Das eigentliche Ziel ist groß genug. Vergrößert man es durch Pappmaschee, irritiert man sich selbst, verängstigt das Publikum und stärkt Springers Selbstbewußtsein. Der Tomahawk

verwandelt sich auf dem Flug in einen Bumerang, weil der Feind woanders steht als vermutet. Pech.

Strauß bekam noch mehr Ehre: ihm wurde ein Extrablatt gewidmet. Pardon, wem Pardon gebühret. So gut einige der Beiträge sind — so Wolfgang Neuß' „Mondo Strauß" und Martin Walsers „Ja und Aber" — so problematisch ist auch hier der starke Zuschnitt auf Strauß und Von der Heydte. Strukturen, die diesen Männern den notwendigen Resonanzboden für ihre Töne gaben, bleiben im Dunkel. Der Nährboden, der diesen beiden Pflanzen zu starkem Wuchs verhalf, ist unverändert. Einem fallenden Kegel noch einen Stoß zu versetzen, ist keine Kunst. Schwierig ist es jedoch, die Ebene so schräg zu installieren, daß solche Figuren keinen Halt mehr finden.

Last but not least: „Wie wird man einen Bundeskanzler los?" Es wäre sicher etwas unvorsichtig, zu behaupten, diese Frage sei heute noch gar nicht aktuell, weil der alte Kanzler noch nicht alle ist. Möglichkeiten, den Kanzler loszuwerden, sind mit großer Delikatesse, z. T. außerordentlich spritzig und einfallsreich, in Szene gesetzt; diese acht Seiten könnten beinahe die Existenz von „Pardon" rechtfertigen. Aber auch hier wieder die Frage: können sich Satire und Karikatur damit begnügen, strukturell bedingte Personalisierung durch isolierende extrapolierte und kumulierte Personalisierung zu ironisieren. Das Moment der Verfremdung, das notwendig ist, um die Reaktion auf die Kritik über das resignierende „Na ja" hinauszutreiben, fehlt. Diese Verfremdung kann nicht mehr dadurch geleistet werden — wie es z. B. Erich Kuby in „Habeo Conciljum Sattis" versucht —, daß man einen inzwischen zur Allgemeinbildung gehörenden Witz, der seine Pointe in der Bescheidenheit seines Vortrags hat, auf nahezu eine Seite auswalzt und die durch die Walzerei entstandenen Sprünge und Risse durch kölsche Sperenzche kittet. „Auch satirische Zeitschriften kommen als Däumlinge zur Welt. Der erste Schrei ist ein Lebenszeichen und kein Befähigungsnachweis", schrieb Patenonkel Erich Kästner in der ersten ordentlichen Ausgabe von „Pardon". Auch nach einem halben Jahr ist die Existenzberechtigung dieser Zeitschrift noch nicht erwiesen. Gewiß: die Seiten waren bisher jeweils am Monatsende wohl gefüllt. Aber womit? Mit guten Übernahmen aus Polen, Ungarn und USA. Aber das Strandgut ist doch in der Mehrheit gewesen. Besonders düster wird diese Halbjahresbilanz, wenn man sich einmal wichtige Themenkomplexe und wirkliche Probleme unserer Gesellschaft überlegt, die n i c h t behandelt worden sind. Es stand nicht in „Pardon": Konfessionsschule, Ämterproporz, Interessenverbände, Unternehmenskonzentration, Große Koalition, Notstandsgesetz, Demokratie und Bürokratie ... Und auch folgender Abschnitt aus Robert Helds Leitartikel „Die spanische Schau" in der F. A. Z. vom 5. 2. 1963 wird wohl kaum satirischen Eifer erwecken:

> „Von der Achse Bonn—Paris—Madrid ist dieser Tage die Rede. Das ist ein mit unangenehmen Erinnerungen behaftetes Schlagwort. Aber da seine Erfinder in Moskau sitzen, kann das, was damit getroffen werden soll, nicht so schlecht sein."

Wie in diesem Zitat Faschismus, Anti-Kommunismus und politische Ignoranz in nuce vereinigt sind und sich dem Satiriker nur die Aufgabe der Entfaltung stellt, so lassen sich ständig derartige Nußschalen finden, die es erlauben, die oben aufgezählten Problemkomplexe an faßbaren Details zu bedrückender Anschauung zu bringen.

Sieht man von der feinen Persiflage „Nurso" von Werner Finck ab, so ist auch die vergewaltigte Sprache in unserer verwalteten Welt noch ungeschoren, obwohl deren zahlreiche, schmierölverklebte Zotteln sicherlich Anreiz genug für radikale Schur bieten.

Zieht man die Summe, so erhebt sich der Verdacht, daß hier Kritik als l'art pour l'art geübt wird, als bloße Möglichkeit des Kritikers, sich auf Kosten des jeweiligen Objekts herauszustreichen. Satire als Selbstzweck ist ebenso ein Widerspruch in sich selbst wie Satire als Erbauung. Treibt sie nicht mit Macht über sich hinaus, kann man sicher sein, daß sie in ihrem Gehäuse verschieden ist.

Ossowskis Typologie der Klassentheorien

Stanislaw Ossowski: Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. Soziologische Texte, Band 11, Luchterhand Verlag, Neuwied 1962, DM 19,—.

Der Begriff „Klasse" bedurfte zu Lebzeiten von Marx keiner näheren Bestimmung: die Verteilung von Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht war offensichtlich. Dies mag erklären, warum Marx erst kurz vor seinem Tod sich diesem Problem gewidmet hat. Die Unfähigkeit seiner Schüler, das — unabgeschlossene — 52. Kapitel des dritten Bandes des Kapitals weiterzuführen, mag symptomatisch für die gesamte Marx-Rezeption der offiziellen Arbeiterbewegung sein. Versuche der Rekonstruktion blieben der akademischen Soziologie vorbehalten; der Sozialdemokratie dagegen genügten die vorhandenen Bruchstücke, um ihren klassenkämpferischen Anspruch in erbaulichen Sonntagsreden zur Geltung zu bringen, ganz zu schweigen von den Kommunisten, die Lenin-Zitate — vor allem aus „Die große Initiative" — wiederkäuten, deren definitorische Form wohl eher dem Bedürfnis nach einem sozialistischen Katechismus entgegenkamen als dem nach einer „schöpferischen Weiterentwicklung" der kritischen Theorie.

Angesichts dieser Situation ist das Buch des polnischen Soziologen wohl besonders zu begrüßen. Gewiß, schon der Titel sagt, daß die längst überfällige Theorie der Klassengesellschaft auch hier nicht zu erwarten ist, vielmehr soll systematisch untersucht werden, wie sich die jeweilige gesellschaftliche Struktur im Bewußtsein der Menschen niederschlägt. Man mag Einwände erheben gegen solche typisierende Methode, die biblische Mythen und politische Ökonomie, aristotelische Philosophie und Mittelstandstheorien der modernen Soziologie unter gemeinsame Oberbegriffe subsummiert; die Erfahrung jedoch, daß Klassen

oder klassenähnliche Gebilde unter den verschiedensten Verhältnissen der gesellschaftlichen Produktion gleiche Formen annehmen, könnte solche Bedenken zumindest abschwächen.

Das Buch spiegelt in vielen Beziehungen die Verhältnisse des Landes wider, in dem es entstand. „Die Kämpfe zwischen den im Namen derselben Klasse die Klassenideologie propagierenden Organisationen, oder die Prozesse, die im Einparteiensystem den Namen ‚Loslösung der Partei von der Masse' bekamen, haben gezeigt, daß die Tarnung von Organisationsinteressen als Klasseninteressen ebenso möglich ist wie die Tarnung der Klasseninteressen durch menschliche und nationale Losungen in Organisationen, die angeblich keine Klassenideologie vertreten."

Vergleiche der Gesellschaftsbilder der Mythen und Religionen, der Literatur und der Sozialphilosophie liefern Ossowski das Material für seine These, daß — ungeachtet der jeweiligen historischen Situation — bestimmte Typen im sozialen Bewußtsein sich auffinden lassen: (1) die dichotomische Konzeption, die die Gesellschaft in ein Oben und ein Unten teilt, in Arme und Reiche, Herrschende und Beherrschte, Arbeitende und Nicht-Arbeitende. Den Mittelklassen wird hier wenig Bedeutung zugesprochen: sie tendieren — nach diesem Schema — immer zu einem der beiden Pole. Im Gegensatz dazu stehen die (2) Konzeptionen der Gradation, die versuchen, ein Kontinuum der Positionen herzustellen, deren Flügelgruppen nun nicht mehr im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, sondern als Extreme aufgefaßt werden. (3) Weniger der Ordnung und Klassifizierung der Menschen, als vielmehr dem Aufzeigen der gegenseitigen Abhängigkeiten dient das dritte Schema: die funktionelle Konzeption.

Ausführlich untersucht Ossowski die Vorstellungen über die Klassenlosigkeit der Gesellschaft in den USA und der Sowjetunion. Er kommt zu dem Schluß: „Wenn in den Vereinigten Staaten die optimistische Konzeption des Systems der Beziehungen innerhalb der weißen Bevölkerung als Hintergrund das alte Europa und die Situation der Negerkaste im eigenen Land hat, bilden hier (in der UdSSR R. F.) den Hintergrund die vorrevolutionären Verhältnisse in Rußland und die gegenwärtige kapitalistische Welt, welche die Länder des Sozialismus umschließt ... Die kommunistische Doktrin setzt voraus, daß die notwendige Vorbedingung der Entstehung einer harmonischen Gesellschaft mit gleichem Start für alle, der Gesellschaft ohne antagonistische Klassen, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist. Aber der Amerikanische Glaube lehnt diese Voraussetzung ab; im Gegenteil sieht er die günstigen Bedingungen für eine solche Gesellschaft in der durch die Amerikanische Konstitution garantierten Ordnung. Die kontradiktorischen Voraussetzungen erlauben die Anwendung analoger Konzeptionen der sozialen Struktur in Ländern von so unterschiedlicher wirtschaftlicher Ordnung."

Interessant ist der Versuch Ossowskis, die Marxsche Klassentheorie zu rekonstruieren. Es kommt ihm nicht, wie zum Beispiel bei Dahrendorf, darauf an, eine möglichst widerspruchslose Konzeption zu schaffen. Im Gegenteil, es wird versucht, die verschiedenen Versionen des Klassenbegriffs bei Marx aufzuzeigen: dichotomische, dreigliedrige und vielgliedrige. Es drängt sich jedoch die Vermutung auf, daß gerade an dieser Stelle das Problem der verschiedenen Gesellschaftsbilder sich der vergleichenden, typisierenden Methode entzieht: wird der Marxsche Klassenbegriff losgelöst von der politischen Ökonomie — speziell der Mehrwerttheorie — betrachtet, gerinnt er zu einem allgemeinen Herrschaftsbegriff, so erscheinen verschiedene Aspekte der gleichen Sache als gleiche Aspekte verschiedener Sachen; der Klassenbegriff wird zur Leerstelle, die je nach dem Zusammenhang von verschiedenen Bedeutungen ausgefüllt wird.

Der Mangel dieser Methode zeigt sich auch dort, wo die jeweiligen Bewußtseinsinhalte nicht kritisch mit der gesellschaftlichen Realität konfrontiert werden. Die methodische Beschränkung auf das Erscheinen der Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein greift die Sache selbst an. Wissenssoziologisch werden zwar die verschiedenen Konzeptionen verschiedenen sozialen Milieus zugeordnet, ihr Anspruch auf Wahrheit wird jedoch nicht geprüft. So bleibt das Buch nicht mehr und nicht weniger als eine Bestandsaufnahme, die die noch ausstehende Beantwortung der Frage erleichtern kann, welches der Gesellschaftsbilder — sei es dichotomisch, funktional oder gradativ-ordnend — den Kern unserer Gesellschaft trifft.

Rainer Funke

„Gibt es noch ein Proletariat?"

Herausgegeben von Marianne Feuersenger.
Mit Beiträgen von Bahrdt, Dirks, Guggenheimer, Jostock, Lutz, Risse. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1962, DM 6,80.

Ohne Zweifel hat es diese Aufsatzsammlung verdient, von jedem gelesen zu werden, der sich trotz des allzu beliebten, zumeist ideologischen Geredes von der Vermassung, Nivellierung usw. nicht davon abbringen läßt, daß unsere westlichen Gesellschaften immer noch kapitalistisch und deshalb durch den prinzipiellen Interessenwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital gekennzeichnet sind. Freilich würde man es sich zu einfach machen, setzte man unreflektiert Lohnarbeit mit dem Proletariat und Kapital mit den Kapitalisten alten Stils in eins. Schon die Schwierigkeit, die die soziologische Abgrenzung der „Arbeitnehmer" von den „Unternehmern" bereitet, — man denke hier z. B. an die Frage der Zuordnung des sogenannten Managements zu einer dieser beiden Gruppen —, offenbart die Komplexität des Problems.

So beschränken sich die Autoren der vorliegenden Schrift auch nicht allein auf die Darstellung der Situation der Arbeiter, sondern beziehen in ihre Diskussion auch die Probleme der Angestellten und Beamten mit ein (siehe insbesondere Bahrdt). Allerdings — und das dürfte den aufklärerischen Wert dieser Beiträge ausmachen — lassen die Autoren keinen Zweifel daran aufkommen, daß die „Arbeiterfrage" in den kapitalistischen Gesellschaften immer noch ungelöst ist, ja überhaupt unlösbar sein wird, wenn es nicht zu wesentlichen strukturellen Wandlungen in diesen Gesellschaften kommt.

S. R.

Zeitschriftenhinweise

Die Redaktionen der Zeitschriften JUNGE KIRCHE, KONKRET, STIMME DER GEMEINDE und WERKHEFTE hatten im Oktober bei einer Reihe von Professoren, Schriftstellern, Theaterleuten, Publizisten, Politikern eine Umfrage veranstaltet zum Thema: „Warum sind Sie gegen ein deutsches Notstandsgesetz?" Gefragt waren nicht umfangreiche Erörterungen, sondern kurzgefaßte Argumente; es sollte ein Notizbuch für jedermann wider das Notstandsgesetz daraus werden. Die Ergebnisse sind je in der Novemberausgabe der genannten Zeitschriften nachzulesen. Von Jürgen Seifert erschien in der Europäischen Verlagsanstalt jetzt eine Arbeit „Gefahr im Verzuge — Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung" mit einem Vorwort von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Auszüge aus dem Buch bzw. Aufsätze von Jürgen Seifert zum gleichen Thema finden sich u. a. in den Zeitschriften GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE (2/63), DER GEWERKSCHAFTER (2/63), WERKHEFTE (2/63).

„Der loyale Landesverrat" ist ein Beitrag von Heinrich Hannover überschrieben, dessen erster Teil in Heft 2/63 der WERKHEFTE erschienen ist. Der Verfasser behandelt die Wandlung der Auffassungen des Verrats und die Problematik der neuen Loyalitäten, die heute dem politisch bewußten Menschen abverlangt werden. In Heft 12/62 der GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE schrieb Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid einen Beitrag zum gleichen Thema. — „Der Spiegel — oder: Politische Aufklärung im Massenzeitalter" ist eine Analyse von Hans-Albert Walter in Heft 12/62 der FRANKFURTER HEFTE überschrieben.

Über die Struktur des DGB und ihre geplanten, in Hannover teilweise verwirklichten Änderungen, findet sich ein aufschlußreicher Aufsatz in Nummer 5/62 der ARBEITSHEFTE.

Nummer 1/63 der ARBEITSHEFTE enthält eine Untersuchung von Peter von Oertzen über „Die Mitbestimmung im Gewerkschaftsprogramm". — In Heft 12 der Zeitschrift PLÄNE zieht Prof. Wolfgang Abendroth eine Bilanz des DGB-Kongresses: „Die Arbeiterbewegung muß den Kampf um die Demokratie führen". — Als Diskussionsbeitrag deklariert ist ein Artikel, den Otto Brenner zum Thema „Der DGB und seine Gewerkschaften" für die NEUE GESELLSCHAFT (1/63) verfaßte. — Ein Hinweis auf einen Beitrag „Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften" von Prof. Oswald von Nell-Breuning in der katholischen Monatsschrift STIMMEN DER ZEIT sei nicht vergessen.

In Heft VI/62 der NEUEN GESELLSCHAFT stellt sich Friedrich Weltz die Frage: „Wie sieht der Arbeiter die Gesellschaft?", und Manfred Teschner schreibt „Zum Verhältnis von Belegschaft und Betriebsrat".

„Die sowjetischen Gewerkschaften im Zeitalter des technischen Fortschritts" und „Die US-Gewerkschaften unter Kennedy" bzw. seinem Arbeitsminister Goldstein sind die Themen zweier Aufsätze von Borys Lewytzkyj und Günther Eckstein in Heft 11/62 der GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE.

Die DARMSTÄDTER BLÄTTER, herausgeben vom AStA der TH Darmstadt, haben in ihrer Novemberausgabe Prof. E. Liebermans aufsehenerregenden Aufsatz „Plan, Gewinn, Prämie" und Teile der dadurch in der Sowjetunion ausgelösten Diskussion abgedruckt, ebenso Kommentare von Wolfgang Leonhard und Wanda Bronska-Pampuch.

In Heft 1/63 der WERKHEFTE findet sich der Wiederabdruck einer bereits ausgiebig diffamierten Arbeit von Fritz Vilmar mit dem Titel „Die kommunistische Hoffnung". — Mit der Gefährdung der Demokratie durch den blinden emotionalen Antikommunismus befaßt sich ein Vortrag von Josef Konrads, den die WERKHEFTE in Heft 12/62 abdruckten. — „Dritter Weg oder Dritter Weltkrieg?" lautet die Frage, die sich Prof. Ossip K. Flechtheim in Heft 2/63 der WERKHEFTE stellt. Angesichts des die Katastrophe in sich tragenden Antagonismus der beiden Weltblöcke fragt der Verfasser nach den Möglichkeiten eines dritten Weges der Gewaltlosigkeit.

Die für den illegalen Vertrieb in der DDR bestimmte, aber auch in der Bundesrepublik erhältliche Zeitschrift DER DRITTE WEG (Köln, Postamt Köln-Deutz 1), veröffentlichte in den Ausgaben 9/62 und 10/62 eine von Hermann Weber verfaßte Analyse des von der SED publizierten „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

Von Jürgen Seifert erschien in Heft 1/63 der FRANKFURTER HEFTE ein Beitrag über „Die Neue Linke", dem angesichts der in Gang gekommenen Diskussion über die Konzeption einer linken Politik besondere Bedeutung zukommt. Die unter anderem angeschnittene Frage „Christentum und Sozialismus" hat zu einigen Diskussionen geführt. Da die von den FRANKFURTER HEFTEN veröffentlichte Fassung mißverständlich ist und Jürgen Seifert nicht erneut vorgelegen hat, stellte er uns sein Manuskript zur Verfügung. Darin heißt es: „Man findet in der Neuen Linken die Auffassung, daß sich Marx'sche Methode und Sozialismus einerseits und Christsein und christlicher Glaube andererseits keineswegs so ausschließen, wie es Marx einst angenommen hat. Die Marx'sche Kritik an der Religion wird häufig nicht mehr auf die Existenz als Christ bezogen. Christ sein bedeutet, von hier aus gesehen, nicht mehr „Heiligenschein über dem Jammertal", sondern Aufruf zur Veränderung der Welt. Gerade das Überwinden der falschen Alternativen, Vorstellungen und Götzen könnte das Christsein auf seinen Ausgangspunkt zurückführen. Hier findet sich eine Parallele zu der philosophischen Auffassung, daß erst eine Aufhebung der Entfremdung das wieder freisetzen würde, was Hegel einst positiv als Entzweiung bezeichnet hat."

Die GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTE bringen in Nummer 1/63 zwei Untersuchungen zu Grundfragen der Kultur- und Schulpolitik: Prof. Adolf Schwarzlose schreibt über den Zweiten Bildungsweg „im Streit der Meinungen und in den Leitgedanken des DGB" und Paul Kübler über „Die deutsche Hochschule in Staat und Gesellschaft".

Die Hefte 22 und 23 des ARGUMENT (Karlsruhe-West, Postfach 4048) stehen unter dem Thema „Emanzipation der Frau". In Heft 23 finden sich u. a. Beiträge von Herbert Marcuse und Peter Fürstenau. Heft 24 des ARGUMENT enthält einen Aufsatz von Reinhold E. Thiel „Zum Frauenbild des Films". — In Nummer 11/62 der Zeitschrift FILMKRITIK (Frankfurt a. M., Rückertstraße 39) fiel uns zum Thema Frauenbilder im Gegenwartsfilm ein Aufsatz von Martin Ripkens und Hans Stempel auf („Immer Ärger mit Eva").

In einem Beitrag „Staat und Sexus" in Heft 1/63 der FRANKFURTER HEFTE nimmt Fritz Bauer die Ausführungen von John Courtney Murray unter die Lupe, die die FRANKFURTER HEFTE in ihrer Dezembernummer unter dem Titel „Literatur und Zensur" abgedruckt hatten. — In Heft 2/63 der gleichen Zeitschrift bespricht Roland H. Wiegenstein eine Dissertation über „Die Weltbühne — Organ der intellektuellen Linken".

In Stichworten einige Hinweise auf Beiträge in ausländischen Zeitschriften: LES TEMPS MODERNES, September-Oktober 1962 (30, rue de l'Université, Paris VII°, Directeur: Jean Paul Sartre): Prof. Lelio Basso: „Démocratie et Nouveau Capitalisme." — NEW POLITICS, Nr. 4/62 (507 Fifth Avenue, New York 17, N. Y.): „Currents in Italian Socialist Thought"; Robert V. Daniels: „Towards a Definition of Soviet Socialism"; Hal Draper: „Marx and the Dictatorship of the Proletariat." — INTERNATIONAL SOCIALISM, Heft 10/62 (47 Fitzroy Road, London NW 1): Will Fancy und John Phillips: „The Young Socialists" (historische Analyse der Labour-Jugendorganisation).

Eine neue italienische Zeitschrift: QUADERNI ROSSI (Micael Salvati, Via Vallazze, 102 Milano), 2/62: Zum Thema „Industrie und Gesellschaft" mit einem einleitenden Aufsatz von M. Tronti: „La fabbricia e la società." — Cronache dei Quaderni rossi, Nr. 1, September 1962: Vittorio Rieser: „La Lotta operaia nella programmazione capitalistica."

M. L.

Mitteilungen der Redaktion

Wir empfehlen das beiliegende Faltblatt des Zentralen Ausschusses „Ostermarsch der Atomwaffengegner" der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser.

Einem Teil der Auflage dieser Nummer liegt auch ein Prospekt der Atlantis-Buchhandlung bei.

DAS ARGUMENT Berliner Hefte für Politik und Kultur

24 Margherita von Brentano: Das verratene Land und der Landesverrat

Tendenzen im spanischen Faschismus

MARTIN RAISCH: Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien

EGBERT HOEHL: System und Ideologie des spanischen Faschismus

ERICH GERLACH: Die spanische Gewerkschaftsbewegung und die Streiks im Frühjahr 1962

VICENTE RODRIGUEZ: Zur Entwicklung der antifaschistischen Opposition

HEINZ UNGUREIT: Buñuel und die Folgen

LOTHAR KNAPP: Aus der spanischen Literatur der Gegenwart

Literaturübersicht zum Spanienproblem

Emanzipation der Frau III

REINOLD E. THIEL: Zum Frauenbild des Films

HEIKO DAHLE: Ein Beispiel aus der Rechtsprechung

Zur Lage der Dozentinnen an der deutschen Universität

DAS ARGUMENT erscheint etwa dreimonatlich. Einzelhefte 2,– DM zuzüglich Porto. Studenten und Schüler: 1,– DM
Redaktion: W. F. Haug, 1 Berlin 30/2, Postfach 67 · Verlag: Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe West, Postfach 4048

International Socialism

Editor: Michael Kidron

No. 11, Winter 1962-63

Notes of the Quarter

- Note 1: Himalayan Frost
- Note 2: China and Russia
- Note 3: Cuban Lessons
- Note 4: Class or Country

SOCIALISM AT THE PARISH PUMP

by Ray Challinor

with a comment by P. Mansell

THE TWO SOULS OF SOCIALISM

Hal Draper

MARXISM IN JAPAN

Kan-ichi Kuroda

Reviews, Letter to Readers etc.

2 s 6 d./50 c/1,50 N. F. per copy
Annual subscriptions: 10 s/S 2/6 N. F.
Back copies available.
From: 47, Fitzroy Rd., London, NW 1, Br.

THE REVIEW

A Quarterly of Pluralist Socialism
Published by
Imre Nagy Institute for Political Research

No. 4 / 1962

ANNIVERSARY OF THE HUNGARIAN REVOLUTION

Misconceptions in Evaluation of Imre Nagy. Miklos Molnar

EVIDENCE

The Border Station of Zahony in the Days of the Revolution. Sandor Szücs

SOCIALISM

Rational and Irrational Aspects of Modern Technical Civilisation. Pierre Fougeyrollas

Theses for a Socialist Humanism. Léo Moulin

Comments on Humanism in Socialism. Michel Collinet

New Asian Approcches to the Theory of Socialism. George Gömöri

Subscriptions: 200 FB per year
From: Imre Nagy Institute, Brussels 18, 467, avenue Brugmann.
Die Zeitschrift erscheint auch in französischer Sprache.

Es gehören dem Kuratorium „Ostermarsch der Atomwaffengegner" an:

Frank Allaun
Stefan Andres
Hedwig Born
Dr. Margherita v. Brentano
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Christian Geißler
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Dr. Werner G. Haverbeck
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Heinz Kloppenburg DD
Christel Küppers
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maier
Dr. Bodo Manstein
D. Martin Niemöller DD
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Prof. Dr. L. Ruzicka
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Martin Schröter
Helga Tempel-Stolle
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Heinrich Vogel
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Aufruf zum Ostermarsch 1963

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentr. Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

An den

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß

8 München-Laim

Andreas-Voest-Str. 5

Ein Schritt genügt heute,

um den atomaren Weltkrieg auszulösen, — das hat die Krise um Kuba gezeigt. Noch aber geht gegen jede Vernunft das atomare Wettrüsten in Ost und West weiter. Neue Atommächte kündigen sich an. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem jeder verantwortungslose Politiker in der Lage sein wird, seine Fehden mit einem atomaren Massenmord auszutragen. Die Gewöhnung an den Gedanken eines atomaren Krieges und die Vortäuschung von Schutzmöglichkeiten für jedermann erhöhen die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges. Der sogenannten Landesverteidigung, die im Ernstfall nichts als Landesvernichtung wäre, wird mehr und mehr das gesamte gesellschaftliche Leben, werden Politik, Wirtschaft und Erziehung untergeordnet, wird der demokratische Stil des Landes geopfert. Um des Krieges von morgen willen wird die Demokratie schon heute zerstört.

Die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost verhindert die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblöcke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Während Milliarden für Waffen aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen drohen, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor. Das darf nicht so bleiben!

Überall in der Welt

melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verblaßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswettlauf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungnahmen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gilt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

- **die Kernwaffenversuche einzustellen**
- **die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern**
- **Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen**
- **auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten**
- **und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.**

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu. Wir vom Ostermarsch sagen:

- **keine Atomwaffen auf deutschem Boden!**
- **keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion!**
- **Verhandlungen über eine atomwaffenfreie militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa!**

Für Europa und die UNO

Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa — atomwaffenfrei

Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone

Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West

Die Menschen aller mitteleuropäischen Staaten werden aufgerufen, eine Kampagne für diese Ziele in ihrem Land aufzunehmen, damit das gemeinsame Interesse aller Völker Mitteleuropas, ihr Gebiet nicht zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges werden zu lassen, deutlich wird. Von Polen bis Frankreich müssen die Bürger die verantwortlichen Politiker davon überzeugen, daß die Probleme Mitteleuropas nur ohne Gewalt und ohne Gewaltandrohung, in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Entspannung gelöst werden können.

Die Menschen der ganzen Welt fordern wir auf, die Bemühungen der UNO um Entspannung und Abrüstung stärker zu unterstützen, damit aus ihr ein wirksames Instrument weltweiter Zusammenarbeit der Völker wird.

Unsere Kampagne für Abrüstung

hat international und in der Bundesrepublik ständig an Unterstützung und Anerkennung gewonnen. Wir nehmen das gute Recht freier Bürger für uns in Anspruch: uns selbst zu vertreten, wo unsere gewählten Vertreter uns nicht vertreten. Wir tun dies in aller Offenheit, unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung, fern jeder einseitigen Stellungnahme im Kalten Krieg. Wir treten gegen jede Gewaltpolitik auf, von wem auch immer sie betrieben wird.

Wir bitten alle Mitbürger

- **sich unserer Kampagne für Abrüstung und Entspannung anzuschließen**
- **unsere Arbeit geistig und materiell zu unterstützen**
- **in den Ortsausschüssen bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1963 mitzuwirken.**

Wer den Frieden will, muß den Frieden mit vorbereiten. Wir arbeiten zu diesem Zweck mit Menschen der ganzen Welt. Arbeiten auch Sie mit uns.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler-Ausschuß

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost. Ich bitte, mir laufend Material über den geplanten Ostermarsch 1963 zu übersenden.

Name: ..... Vorname: .....

Beruf: ..... Alter: ..... Tel.: .....

Adresse: .....

Ich erhalte bereits laufend Material ja/nein

Bitte gut leserlich schreiben!

Prof. Dr. Gustav Heckmann

An den

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß

8 München-Laim

Andreas-Voest-Str. 5

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost. Ich bitte, mir laufend Material über den geplanten Ostermarsch 1963 zu übersenden.

Name: ..... Vorname: .....

Beruf: ..... Alter: ..... Tel.: .....

Adresse: .....

Ich erhalte bereits laufend Material ja/nein

Bitte gut leserlich schreiben!

Heinz Hilpert

Kampagne für Abrüstung